

Nr. 39 – 2026/1

In dieser Ausgabe

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

Iran

Bürgergeldreform

Energieversorgung

Vier Jahre Krieg



Siehe, ich mache alles neu

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 39 – 2026/1

Inhalt

Editorial	4
Bündnis C auf dem Willow Creek Leitungskongress in Dortmund	6
Auftakt der Arbeitsgruppe Migration und Integration	7
Online-Meeting „Patenschaft & Schulung“	8
Ich bin dafür.	9
Spendenaufruf.	10
Gebetsaufruf	11
Aus den Landesverbänden	12
Bürgergeld oder Grundsicherung: Reformbedarf mit Augenmaß	20
Rente, Bürgergeld und Familienpolitik: Eigenverantwortung aktivieren	21
Asyl und Migration: Dem Einzelfall gerecht werden	22
Terror, Raub und Anschläge	24
Energieversorgung sichern!	25
Mercosur: Den europäischen Binnenmarkt stärken	26
Iran: Proteste, Krieg und Hoffnung auf Freiheit.	28
Iran: Fällt das Mullah-Regime?	30
Kein Diktatfrieden für die Ukraine!.	32
Vier Jahre Krieg: Wer kann die Invasion stoppen?	33
Infomaterial zum Weitergeben	37
Schlusswort.	38
Impressum.	Rücks.

Es grüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Mathias Scheuschner, Sven Pilz,
Verena Thümmel, Hartmut Voß (von li. nach re.)

Beisitzer: Mohsen Kornelsen, Gudrun Flindt,
Rainer Secker, Christine Widiger,
Alain Kaffo, Sonja Koschinsky



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

die Welt hält gerade den Atem an. Seit dem 28. Februar greifen Israel und die USA militärische Ziele im Iran an. Ajatollah Ali Chamenei wurde bei diesen Angriffen getötet. Der Nahe Osten steht vor einer epochalen Zäsur. Der Iran reagierte mit hunderten von Raketen und Drohnen gegen Israel und US-Stützpunkte in der gesamten Region, und die Straße von Hormuz wurde teilweise gesperrt – mit unmittelbaren Folgen für den weltweiten Energiemarkt und eine ohnehin fragile Weltwirtschaft.

Was sollen wir davon halten? Wir sind als Bündnis C – Christen für Deutschland tief verbunden mit Israel und dem jüdischen Volk. Wir beten für den Frieden im Nahen Osten – für Israel und ebenso für die Menschen im Iran, die seit Jahren unter einem Regime leiden, das ihnen Freiheit, Würde und grundlegende Menschenrechte verweigert. Bereits im Januar und Februar 2026 gingen hunderttausende Iraner gegen die Unterdrückung auf die Straße – und wurden brutal niedergeschlagen. Hinter den Schlagzeilen über Raketen und Militärstrategie stehen echte Menschen, die nach Freiheit dürsten. Auch das ist unser Gebet wert.

Papst Leo XIV. hat eindringlich appelliert, dass Frieden weder durch Drohungen noch durch Waffen, sondern nur durch verantwortungsvolle Verhandlungen entstehen kann. Dem können wir uns als Christen nur anschließen – und gleichzeitig klar sagen: Wer Frieden will, muss das Böse beim Namen nennen. Ein Regime, das sein eigenes Volk massakriert und Israel mit Vernichtung bedroht, kann schwerlich Friedenspartner sein. **Hier braucht es Unterscheidungsvermögen – und genau das ist es, wozu der Glaube uns befähigt.**

In Deutschland beobachten wir diese Entwicklungen nicht aus sicherer Ferne. Bundeskanzler Friedrich Merz traf sich am 3. März mit US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus. Deutschland hält sich aus einer direkten militärischen Beteiligung heraus. Aber die Frage, wie Deutschland in einer Welt voller Konflikte seinen Werten treu bleibt und zugleich Verantwortung trägt, stellt sich täglich neu.

Auch innenpolitisch ist es ein bewegtes Jahr. Ein gutes Viertel der deutschen Bevölkerung wählt 2026 ein neues Landesparlament: in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklen-

burg-Vorpommern. Unmittelbar vor diesem Heft erschien das Ergebnis aus Baden-Württemberg: Grüne knapp vor der CDU, beide bei etwa 30 Prozent – und die SPD stürzte auf ein historisches Tief von 5,5 Prozent.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an unsere Kandidaten und die begleitenden Teams in Baden-Württemberg für das große Herz und den Einsatz, den sie gezeigt haben! Wir freuen uns über die Erfahrungswerte, die sie dabei für die Partei gewonnen haben, und die Sichtbarkeit vor Ort. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg wurde von einer **Landesliste mit Jürgen Graalfs als Spitzenkandidat und sieben Direktkandidaten** adressiert. Die Ergebnisse und Aktionen im Wahlkampf lesen Sie in diesem Heft. Unser Glückwunsch und Dank an alle Kandidaten!

Im Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen gratulieren wir Alain Kaffo zur Wiederwahl in die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung, und Dr. Norbert Höhl konnte sein Mandat in der Gemeindevertretung Petersberg verteidigen. Herzlichen Glückwunsch und Segen für die weitere Arbeit in den Kommunalparlamenten im Dienst für die Menschen vor Ort!

In Bayern haben sich Matthias Thümmel und Rainer Secker als Bündnis C-Kandidaten mit Wählervereinigungen zur Wahl gestellt und viele Erfahrungen in der kommunalen Vernetzung für die Partei gewonnen. Vielen Dank auch für diesen Einsatz!

Viele Bürger suchen Orientierung in unruhiger werdenden Zeiten. Das ist keine Bedrohung – das ist eine Einladung. Eine Einladung an uns. Denn genau für diese Stunden sind wir angetreten. **Nicht um an der Macht zu sein, sondern um die richtigen Fragen zu stellen:** Was hält eine Gesellschaft zusammen, wenn die Fliehkräfte wachsen? Woraus schöpft ein Volk Vertrauen, wenn Institutionen wanken? Woher kommt die Hoffnung, wenn Nachrichten nur von Krieg und Krisen berichten?

Wir vertrauen auf den Herrn. **Gott spricht zu uns in der Jahreslosung: „Siehe, ich mache alles neu!“** (Offenbarung 21,5). Unsere Antwort ist nicht neu – und gerade deshalb zeitlos: Sie kommt aus dem Glauben. Wer weiß, dass diese Welt in Gottes Hand liegt, der kann **handeln ohne Panik, urteilen ohne Hass und lieben ohne Kalkül.** Das ist die Stärke, die wir in die

Politik einbringen möchten. Nicht im frommen Rückzug, sondern als prophetische Haltung. Karin Heepen schrieb zur Jahreslosung am 31. Dezember 2025:

„Wir dürfen vertrauen, dass Gott in den Unwägbarkeiten dieser Zeit Wege für unser Land hat, die über unsere vermeintlichen Sicherheiten hinausgehen und uns zum Frieden leiten. Wir erbitten und erwarten Seine Hilfe, wo ideologische Kartenhäuser zusammenfallen und die Politik neue Antworten braucht. Sein Geist will unseren Blick auf Ihn richten und uns durch das kommende Jahr leiten.“

Als neuer Bundesvorstand sind wir mit Freude und Zuversicht in dieses Jahr gestartet. Wir formen zusammen als Team, was der Herr uns aufgetragen hat: **Themen schärfen, Strukturen stärken, Menschen ermutigen.** Dabei haben wir festgestellt, auf welche Themenbereiche wir uns inhaltlich konzentrieren wollen. Die Arbeit daran wird schnell komplex, doch wir spüren, dass **Versorgungssicherheit** in ihren Facetten eines der Themenfelder ist, das uns aufgetragen ist. Ebenso brauchen wir **Antworten zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und zum Umgang mit Migration und Integration.** Zu Migration und Integration wurde bereits eine Arbeitsgruppe gebildet. Beten Sie gern für Weisheit und Erkenntnis für diejenigen, die sich mit der inhaltlichen Arbeit beschäftigen. Wenn eines dieser Felder Sie anspricht, Sie vielleicht auch Fachexpertise in einem Bereich einbringen können, melden Sie sich bitte gern bei unserer Bundesgeschäftsstelle!

Wir laden Sie herzlich ein: Beten Sie mit uns für den Frieden im Nahen Osten, für das iranische Volk in seiner Not, für Weisheit aller an diesem Krieg Beteiligten und göttliches Eingreifen. Beten Sie auch für unser Land, das Orientierung sucht. Beten Sie mit für die Christen in aller Welt. Und werden Sie aktiv – in Ihrem Landesverband, in Ihrem Umfeld, mit Ihrem Gebet.

Der Herr baut sein Reich. Und er tut es durch Menschen, die bereit sind, auf festem Grund zu stehen – auch wenn die Welt ringsum bebt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und gute Gedanken beim Lesen des vorliegenden Heftes. **Wir freuen uns über Leserbrief**e und laden Sie herzlich ein, Ihre Gedanken zu den Beiträgen uns mitzuteilen.

Herzliche Grüße und Gottes Segen für diese Osterzeit wünscht Ihnen

Sven Pilz

Bundesvorsitzender
Bündnis C



Abonnieren Sie unseren kostenlosen

bündnis C Newsletter

unter **buendnis-c.de**

Jetzt anmelden!



Bündnis C auf dem Willow Creek Leitungskongress in Dortmund

Der Willow Creek Kongress findet alle zwei Jahre in unterschiedlichen Städten statt, dieses Mal in Dortmund. Für Bündnis C waren Verena Thümmel (Stellvertretende Bundesvorsitzende), Rainer Secker (Beisitzer im Bundesvorstand) und Daniel Gräber (Bundesgeschäftsführer) vor Ort, um unter den über 6 000 Teilnehmern Bündnis C zu präsentieren.

Intensive Gespräche und klare Positionen

In den weitläufigen Hallen der Messe Dortmund war es ein sportliches Unterfangen für die Teilnehmer, vom Plenarsaal in die Ausstellung zu gelangen. Trotzdem hat sich der Einsatz gelohnt. Flyer kombiniert mit unseren Kugelschreibern erwiesen sich als attraktive Türöffner. Viele Besucher hielten inne, ließen sich auf die Inhalte ein und fragten gezielt nach.

Besonders erfreulich war das Feedback zur politischen Relevanz: „Ich habe euch schon im Wahl-O-Mat entdeckt!“ – ein Satz, den wir mehrfach hörten und der zeigt, dass wir auf dem Schirm der Wähler sind. Ein Besucher aus Baden-Württemberg berichtete uns stolz, dass er seine Stimme zur Landtagswahl bereits per Briefwahl an Bündnis C gegeben hat.

Häufig kam die Frage auf, was eine kleine Partei bewirken kann. In den Gesprächen konnten wir vermit-

teln, dass die Politik ein klares Korrektiv mit christlichen Werten braucht und jede Stimme zählt, um Themen wie Lebensschutz und die Solidarität mit Israel auf die Agenda zu setzen.

Junge Leute und neue Gesichter

Ein Highlight war das Interesse der jüngeren Generation. Viele junge Christen suchten das Gespräch und betonten, wie wichtig es ihnen ist, dass Christen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und die politische Landschaft aktiv mitgestalten. Für einige war es auch das erste Mal, dass sie von Bündnis C hörten. „Toll, dass ihr euch so einsetzt!“ hieß es immer wieder. Einige nahmen sogar direkt die Unterlagen mit, um eine Mitgliedschaft zu prüfen.

Neben den Gesprächen am Stand nutzten wir die Zeit zwischen den Besucherströmen intensiv für „Networking“ mit anderen Ausstellern. Dieser Austausch war für beide Seiten hochgradig informativ und stärkt die Verbundenheit innerhalb der christlichen Landschaft.

Der Blick auf die Nachbarstände war lehrreich. Besuchermagnete wie Kaffee, Waffeln oder Gewinnspiele erleichtern den Erstkontakt enorm. Zudem wurde deutlich: Eine positive, einladende Ausstrahlung ist alles. Unsere proaktive Art zog die Menschen an.

Fazit

Dortmund war ein voller Erfolg. Wir freuen uns über die vielen neuen Interessenten, die auch über unseren Newsletter und die Homepage mit uns verbunden bleiben.



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Auftakt der Arbeitsgruppe Migration und Integration

Vielfältige Erfahrungen

Am 4. März 2026 traf sich die neu gegründete Arbeitsgruppe für Migration und Integration der Partei Bündnis C zu einem ersten Online-Meeting. Dabei stellten sich 14 Mitglieder vor und tauschten ihre tiefgehenden, persönlichen Erfahrungen rund um die Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten aus. Die Runde war geprägt von einer bemerkenswerten biografischen Vielfalt: Die Hintergründe reichten von Eltern im Ausländermissionsdienst über vier Jahrzehnte Praxiserfahrung in der Flüchtlingshilfe bis hin zur Perspektive eines Polizeibeamten mit ghanaischen Wurzeln.

Lösungen aufzeigen statt Probleme wälzen

Im Mittelpunkt des Treffens stand eine Präsentation von Jürgen Raphael, die das europäische Asylsystem, aktuelle Migrationstrends sowie kulturelle Besonderheiten – wie etwa unterschiedliche Auffassungen von Pünktlichkeit – detailliert beleuchtete. Darauf basierend schlug er sieben konkrete Maßnahmen für eine gelingende Integration vor, zu denen unter anderem Sprachförderung, psychosoziale Unterstützung und die Vereinfachung bürokratischer Prozesse zählen.

Das gemeinsame Credo der Gruppe lautete: Als christliche Partei möchte man sich klar abgrenzen und differenzieren, indem man nicht bloß bestehende Probleme beschreibt, sondern konkrete, strategische Lösungsansätze anbietet.

Biblische Eckpunkte

Dabei basieren unsere Lösungsvorschläge auf biblischen Prinzipien und unserem beziehungsorientierten Verständnis der Gesellschaft. Dazu gehören:

1. Wir beenden Ungerechtigkeit in unserer Wirtschafts- und Außenpolitik, um Fluchtursachen zu reduzieren. Die Ansätze sind in dieser Broschüre dargelegt https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2024/04/Wirtschaft-und-Migration-Flyer_ONLINE.pdf.
2. Nach unserem beziehungsorientierten Ansatz bemisst sich die Kapazität der Gesellschaft für die Aufnahme von Migranten daran, inwieweit die Einheimischen bereit sind, Beziehungen zu den Zuwanderern einzugehen. Entsprechend dieser Bereit-

schaft muss Zuwanderung begrenzt werden, damit Fremde nicht unter sich bleiben und Parallelgesellschaften bilden. Es reicht nicht, dass ein staatlicher „Asyl-Apparat“ materiell versorgt. Die Kirchen spielen in dem Ansatz eine Hauptrolle als Vorbilder, wie Nationen friedlich zusammenleben können.

3. Wir betonen Eigenverantwortung statt Betreuerstaat. Primat hat Arbeitsverpflichtung statt (jahrelanger) Sprachförderung und Betreuung, um das Potenzial von Migranten zu heben und in die Gesellschaft einzubinden. Das ist eine Voraussetzung für mehr Akzeptanz von Migranten durch die Mehrheitsgesellschaft und für das Gemeinwohl. Als Vorbild für konkrete Maßnahmen dient uns Israel als Einwanderungsland.
4. Wir garantieren freie Religionsausübung ohne politischen Einfluss. Der politische Islam, die Zusammenarbeit mit DITIB u. a. vom Ausland gesteuerten Organisationen erhalten keinen Raum mehr.

Unsere Eckpunkte zur Migrationspolitik sind in diesem Flyer zusammengefasst https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2025/09/Mini-Broschuere-DIN-lang-8S_Migration_DRUCK.pdf.

Ausblick

Das Folgetreffen wurde für Mittwoch, den 8. April, terminiert. Um die Zeit bis dahin produktiv zu nutzen, haben alle Teilnehmer spezifische Aufgaben und Arbeitsaufträge mit auf den Weg bekommen.

Weitere Interessenten mit Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit für eine Mitwirkung in der Arbeitsgruppe sind herzlich willkommen. Bitte melden Sie sich in der Bundesgeschäftsstelle oder wenden Sie sich mit Fragen an Mohsen.Kornelsen@buendnis-c.de.



Online-Meeting „Patenschaft & Schulung“

Am 6. Februar 2026 fand das Webinar „Patenschaft & Schulungen“ statt. Dazu eingeladen waren der Bundesvorstand, alle Landesvorstände und Delegierte.

Ich führte eingangs Hintergrundinformationen aus, wie ich dazu gekommen bin, das Konzept zu erarbeiten. Nach einer kurzen Vorstellung erläuterte ich zunächst die Patenschaft und anschließend die geplanten Schulungen.

Die Handreichung zur Patenschaft ist in fünf Kapitel unterteilt: Historie, Ziele & Visionen, Who is Who (Parteiämter), Partei-Knigge und Arbeitskreis vs. Arbeitsgruppe. Die Informationen dazu beziehen wir aus Online-Recherchen, von unserem Bundesgeschäftsführer und aus Berichten weiterer Personen. Natürlich spielt die Satzung mit den Nebenordnungen eine wichtige Rolle. Das Dokument soll informativ, seriös und gleichzeitig „humoristisch“ sein, vor allem aber einen Einblick in Bündnis C geben.

Im anschließenden Austausch wurde vorgeschlagen, weitergehend mit Videos, FAQ's (Antworten auf häufig gestellte Fragen) oder einem parteiinternen Wikipedia zu arbeiten. Die Frage dazu ist: Wer macht es und wer pflegt es?

Für die Weiterarbeit am Konzept der Patenschaft haben sich vier Personen bei mir gemeldet; zwei von uns fünf Teammitgliedern gehören dem Bundesvorstand

an. Das Sammeln der Informationen ist zunächst umfangreich, damit wir es später „eindampfen“ können. Manche Passagen werden zunächst etwas provokant formuliert, um darüber ins Gespräch zu kommen und eine einheitliche Ansicht darüber zu gewinnen. Während der Entstehung kann der Bundesvorstand das Dokument verfolgen und begleiten. Somit kann jeder auch kritische Fragen stellen, weiterführende Gedanken anbringen oder fehlende Bereiche anmerken.

Das Konzept soll mit dem Bundesvorstand abgestimmt sein, bevor wir die Handreichung zur Patenschaft am 26. September beim Bundesparteitag in Bad Blankenburg vorstellen.

Die Veranstaltung wurde aufgenommen; bei Interesse einfach in der Bundesgeschäftsstelle nachfragen.



Rainer Secker

Beisitzer
Bundesvorstand

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!

Bündnis C ist in den verschiedensten Sozialen Medien mit Inhalten vertreten. Diese lassen sich in der Regel auf den jeweiligen Plattformen über die Suchleiste und die Eingabe von Bündnis C finden. Hier die Übersicht der verschiedenen Kanäle mit dem dazugehörigen Direktlink zu Bündnis C:

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf Ihrem bevorzugten Medium folgen bzw. es abonnieren, sodass Sie immer informiert sind. Besonders helfen Sie uns, wenn Sie unsere Beiträge teilen, weiterverbreiten und einen Kommentar hinterlassen.



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejamert, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die Erneuerung

Kommen wir noch einmal zurück zur Jahreslosung für 2026 aus Offenbarung 21,5, lieber Leser: Siehe, ich mache alles neu! Was für eine gewaltige Aussage! Dieses Ich mache alles neu! hallt nach wie Paukenschläge, wie die ersten Töne aus Beethovens fünfter Sinfonie. Oder wie das legendäre Bumbum-Bumm der BBC-Nachrichten zur Zeit des zweiten Weltkrieges. Und wie schon bei der Jahreslosung im vergangenen Jahr müssen wir uns ziemlich verbiegen, um dies nicht auch politisch zu verstehen.

Es beginnt mit „Ich“. Seien wir ehrlich, es ist wie bei dem Hinweis in Psalm 127, dass die Arbeiter umsonst arbeiten, wenn der Herr nicht das Haus baut. Das ist zum Glück Kern in unserer Partei. Ich bin sehr dankbar, dass wir als Bündnis C dieses Grundverständnis haben. Wenn wir diesen Fokus verlieren, dann sind wir nur noch eine weitere Partei unter vielen. Darum hat das Gebet so einen hohen Stellenwert, damit unsere Arbeit von Gott geleitet und von seinen Ideen für dieses Land geprägt ist. Fall Sie dort noch nicht dabei sind, ergeht hiermit eine herzliche Einladung.

Weiter geht es mit „mache“. Das ist interessant. Bei der Schöpfung war es noch ein „Es sei!“ Gott sprach und die Bäume wuchsen, die Tiere waren einfach da. Jetzt klingt es nach Arbeit, einer Tätigkeit, einem Prozess. Erneuerung zieht sich, da muss man dranbleiben, braucht möglicherweise einen langen Atem. Auch das ist Teil unseres Tuns in Bündnis C. Missstände aufdecken kann jeder, aber Lösungsvorschläge machen, Wege aufzeigen, Konzepte überlegen, Kosten durchrechnen, vor allem aber biblische Prinzipien in politische Aussagen zu konvertieren, das alles ist Teil dieses Prozesses. Auch zu diesem Teil unserer Arbeit sind Sie herzlich eingeladen.

Der nächste Paukenschlag lautet „alles“. Jetzt wird es größer. Es geht nicht um einige Punkte, um Nebenschauplätze. Der ganze Laden ist marode. Zugegeben, wir leben in einem der stabilsten Länder. Verglichen mit anderen geht es uns wirklich gut und wir sollten dafür dankbar sein. Aber so wie sich die Gesellschaft von Gott entfernt, so füllt sich das politische System zunehmend mit Regelungen, die nicht mehr Gottes Willen entspringen. In der Familienpolitik, der Sozialpolitik, der Außenpolitik, der Bildungspolitik, der Migrationspolitik, Wirtschaft ... und und und. Überall gehören Gottes Prinzipien und Grundsätze wieder in den Fokus als Richtschnüre und Leitlinien. Kennen Sie sich aus in einem dieser Bereiche? Dann darf ich Sie auch hier herzlich einladen zur Mitarbeit.

„Neu“. Es geht nicht um kleine Verbesserungen, Gott möchte alles erneuern. Nicht nur Farbe drauftünchen und Jesus dranschreiben. Auf einem verkehrt gegründeten Fundament kann man kein stabiles Haus bauen. Und wenn nach vielen Umbauten und Renovierungen, Anpassungen und Erweiterungen, auch wenn sie gut gemeint waren, das Fundament nicht mehr trägt, hilft keine frische Tapete. Das ist es, wofür wir antreten als Bündnis C: Fehler im System und Fehlentwicklungen aufzeigen und biblisch begründete Lösungen gegenüberstellen. Neue Lösungen, neue Ansätze, neue Sichtweisen. Damit unsere Gesellschaft und unsere Politik erneuert wird aufgrund göttlicher Maßstäbe und auf der Grundlage seines Wortes.

Und nun das erste Wort: „Siehe“, das einzige, das an uns gerichtet ist, an unsere Aktivität. Vielleicht brauchen wir einen Shabbat von unserem bisherigen Tun, um zu sehen, was Er jetzt tut in dieser Zeit, um daran mittun zu können. Auch zu diesem Innehalten lade ich Sie herzlich ein.

Wenn ich Sie, lieber Leser und liebe Leserin, jetzt angesprochen habe mit einem dieser Punkte, Sie sich eingeladen oder herausgefordert fühlen mitzumachen, dann zögern Sie nicht. Fragen Sie in Ihren Verbänden, bei Ihren Vorständen oder in der Geschäftsstelle.

Und wenn Sie noch unsicher sind und mich fragen: Ich bin dafür.

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

als Bündnis C – Christen für Deutschland möchten wir uns für Ihre großzügige Unterstützung im Jahr 2025 von Herzen bedanken. Wir sehen es nicht als selbstverständlich an, dass man in Zeiten, in denen alles immer teurer wird, politische Arbeit finanziell unterstützt.

Gerade Ihr Engagement macht es uns möglich, unsere Mitarbeiter zu bezahlen (und das nicht nur zu Mindestlöhnen), unsere Bundesgeschäftsstelle zu finanzieren, das Eindruck-Heft zu erstellen und an Sie zu versenden sowie Schriften und Werbematerial anzuschaffen. Auch die Parteitage sind für die Partei sehr kostenintensiv.

Im März dieses Jahres haben unsere Verbände bereits die Landtagswahl in Baden-Württemberg bestritten und mehrere Kandidaten sind in Bayern und Hessen zu den Kommunalwahlen angetreten. Auch die Wahlkämpfe und die Arbeit ihrer Unterstützerteams werden von Spendern getragen. Und wir waren auf dem Willow Creek Kongress mit einem Stand vertreten. All diese Aufgaben können wir nur durch Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren.

Wir hoffen sehr, dass wir auch dieses Jahr wieder mit Ihrer Hilfe rechnen dürfen. Es warten erneut wichtige Aufgaben auf Bündnis C, über die Sie in diesem Heft lesen, für die wir nicht nur Finanzen benötigen, sondern auch Ihr Gebet. Es ist uns bewusst, dass wir für all unser Tun den Beistand und den Segen Gottes benötigen. Aus diesem Grund ist unser Gebet nicht „Herr segne, was wir tun“, sondern „Zeige uns, was Du segnen möchtest.“

Als Bundesschatzmeister sage ich nochmals Danke und wünsche Ihnen eine gesegnete Osterzeit!

Herzliche Grüße



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts **BIC**

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN

DE 60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum **Unterschrift(en)**

Schreibmaschine: normale Schreibweise! Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

423 457 DG-VERLAG

Gebetsaufruf

Gebet ist für uns als Bündnis C elementar und existenziell.

Wenn Christen beginnen zu beten, wird es für das Reich der Finsternis gefährlich. Deshalb ist das Gebet so stark angefochten. Und deshalb ermutigt Paulus die Christen damals und uns heute am Gebet festzuhalten (Kol 4,2; Röm 12,12). Im Kontext dieser beiden Verse steht, die Heiligen nicht zu vergessen. Sowohl Paulus selbst als auch seine Mitarbeiter benötigten Gebet, und es hält ihn keine falsche Demut zurück, nicht um Gebet zu bitten.

Unsere Vorstände, auf Bundesebene bis in die Ortsverbände, benötigen Gebet. Als Anliegen sind zu nennen:

- Zeit, weil fast alle aktiv im Berufsleben stehen und Familie haben.
- Krankheiten, die manche beeinträchtigen bis dahin, dass Personen lahmgelegt sind.
- Mutlosigkeit, wo privat oder auch für Bündnis C keine Perspektive mehr gesehen wird.

Beten wir auch über unsere eigenen Anliegen hinaus:

- Für unsere verfolgten Geschwister weltweit, dass sie standhaft bleiben und die Liebe Gottes das Herz der Unterdrückten berührt.

- Für Israel in dieser erneuten Zeit der Bedrohung.
- Für unsere Regierenden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die Verantwortung für unser Land tragen.

Zu diesen und anderen Anliegen wird monatlich ein Gebetsbrief vom Bundesvorstand herausgegeben und ein Online-Gebetstreffen 14-tägig angeboten. Wer dazu Information möchte, darf sich gerne an unsere Geschäftsstelle wenden.

Es bleibt mir im Namen des Vorstandes zu danken, dass es so viele Menschen bei Bündnis C gibt, denen es ein Anliegen ist, für Bündnis C zu beten. Danke für Ihr Gebet!



Rainer Secker

Beisitzer
Bundesvorstand

Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland findet
am 26. September 2026

im Evangelischen Allianzhaus in Bad Blankenburg statt.

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß bis Mitte September 2026. Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Auf der Tagesordnung stehen neben den Berichten des Bundesvorstandes die Auswertung des Wahljahres und einige Satzungsänderungen.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 27.08.2026 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Im Landtagswahlkampf

Am 08. März 2026 wurde der neue Landtag in Baden-Württemberg gewählt und dies auch mit einem neuen Wahlverfahren. Während bis 2021 nur Direktkandidaten in den Wahlkreisen aufgestellt werden konnten, wird zusätzlich ab 2026 eine Landesliste zur Wahl zugelassen. Außerdem wurde das Wahlalter von 18 Jahren auf 16 Jahre gesenkt.

Für uns als Bündnis C war das die erste Chance seit Bestehen, landesweit wählbar anzutreten. Die Landesliste stand seit Mitte 2025 mit zwölf Kandidaten, in sieben Wahlkreisen wurden Direktkandidaten aufgestellt.

Dann ging es an die Werbung: Neue und zusätzliche Plakate wurden gedruckt, Flyer gestaltet und aufgelegt und zum ersten Mal eine Wahlkampf-Tournee auf die Beine gestellt. An drei Abenden im Januar 2026 traten Karin Heepen (Generalsekretärin und ehemalige Bundesvorsitzende) und Jürgen Graalfs (Landesvorsitzender und Spitzenkandidat) in Wahlveranstaltungen mit Vorträgen auf und stellten sich den Fragen der Wähler.

Karin Heepen fokussierte dabei auf die Grundzüge christlicher Politik, die es ernst meint, christliche Werte zum Fundament politischen Programms zu machen. Sie zeichnete ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der christlichen Soziallehre und der Christdemokratie in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis



heute und des Gegenprogramms des 68er Neomarxismus. Sie rundete dieses Bild ab mit modernen Entwicklungen christlich-politischen Engagements in der heutigen Zeit. Unsere Zeit erfordert auf der Basis unseres christlich-jüdischen Wertefundaments neue Ansätze und innovative Ideen, die in Zusammenschlüssen christlicher Parteien auf europäischer Ebene entwickelt und vorangetrieben werden. Eine Rückbesinnung auf unsere christlichen Wurzeln wird unerlässlich sein, um Deutschland und Europa wieder auf Zukunftskurs auszurichten.

Jürgen Graalfs ging in seinem Vortrag dann konkret auf die Herausforderungen des Landes Baden-Württemberg ein und wie wir als Bündnis C diesen begegnen wollen. Er adressierte Themen wie Wirtschaft, Familie, Generationenzusammenhalt, Lebensschutz, Bildung, Energiewirtschaft, Landwirtschaft und einige mehr. Dabei war es ihm ein Anliegen, immer wieder auf das Wertefundament zurückzukommen, das Karin Heepen im ersten Vortrag vorgestellt hatte. Unsere Kernaussrichtung in den verschiedenen politischen Themengebieten sind Subsidiarität und Menschenwürde. Subsidiarität bedeutet, so viel Staat wie notwendig und so wenig Staat wie möglich. Verantwortung gehört in die Hände der Bürger, der Unternehmen, der Landwirte und Kommunen, wo immer dies möglich ist. Die Überregulierung durch das Land und den Staat allgemein ist abzubauen. Die immer wieder beschworene Digitalisierung kann erst dann erfolgreich sein, wenn die Überregulierung und die dahinter liegenden Prozesse vereinfacht, bereinigt und reduziert sind. Erst dann wird sie zum Abbau des völlig überladenen Bürokratie-Apparates führen und damit zur Beschleunigung von Prozessen und Kostenreduzierung.

Die anschließenden Fragerunden an den drei Abenden brachten die Nöte und Sorgen der Wählerinnen



und Wähler zum Ausdruck. Und sie zeigten das große Interesse an den Ansätzen von Bündnis C.

Am ersten Termin in Nagold hatten wir Besuch von «Biblisch korrekt», einem YouTube-Format, betrieben von Franko Stjepic. Er war extra mit einem kleinen Team angereist, um uns kennenzulernen und Interviews aufzunehmen. Die Interviews sind auf seinem Kanal über <https://baden-wuerttemberg.buendnis-c.de/biblisch-korrekt-zu-besuch-bei-buendnis-c-1703/> abrufbar. Der zweite Abend in Villingen wurde ebenfalls aufgezeichnet. Die beiden Vorträge sowie die Frageunde sind über unsere Landesseite unter <https://baden-wuerttemberg.buendnis-c.de/wahlkampf-tour-im-schwarzwald/> abrufbar. An beiden Abenden waren auch Pressevertreter anwesend, die Interviews führten und interessiert Fragen stellten.

Insgesamt blicken wir auf sehr erfreuliche und erfolgreiche drei Abende in Nagold, Villingen und Remchingen zurück, die uns für die bevorstehende Wahl viel Auftrieb gegeben haben.

Zum Wahlergebnis

Es ist immer wieder faszinierend. Monatelang arbeitet man auf das große Ziel hin und dann ist er urplötzlich da – der Wahltag. Am 08. März war es endlich so weit. Nach der Investition von tausenden von Euro in Flyer, Plakate und Veranstaltungen, nach unzähligen investierten Stunden an Infoständen und in Infosessions, nach viel Herzblut, das wir alle in Baden-Württemberg in unser Ziel gesteckt haben, die 5%-Hürde diesmal doch zu knacken, fand die Wahl nun endlich statt.

Im Ergebnis erzielten wir letztlich 4 069 Erststimmen und 12.518 (0,2%) Zweitstimmen für Bündnis C. Wir gratulieren unseren Direktkandidaten:

- Christian Papentin in Stuttgart III (WK 03) 180 Stimmen (0,31%)
- Frank Torsten Krause in Schwäbisch-Hall (WK 22) 514 Stimmen (0,61%)
- Ralf Maier in Sinsheim (WK 41) 387 Stimmen (0,56%)
- Johannes Markus Bender in Calw (WK 43) 1 365 Stimmen (1,7%)
- Walter Schäuffele in Freudenstadt (WK 45) 852 Stimmen (1,4%)
- Mike Kriegelstein in Rottweil (WK 53) 344 Stimmen (0,48%)
- Joachim Maigler in Reutlingen (WK 60) 427 Stimmen (0,47%)



Herausragend war unser Ergebnis im Wahllokal von Hornberg, das zu Altensteig zählt. Dort wurden wir mit 14,3% zur drittstärksten Kraft nach CDU und AfD. Auf der Seite der Zweitstimmen erzielten wir unsere besten Ergebnisse in Calw (1,1%), Freudenstadt (1,0%), Schwäbisch-Hall (0,5%), Lörrach (0,5%) und Villingen-Schwenningen (0,4%).

Die Ergebnisse zeigen, dass unsere Wähler ein „Weiter so“ nicht mehr wollten, auch wenn das schlussendliche Wahlergebnis nun fürchten lässt, dass mit der neuen Regierung genau das passieren wird – ein „Weiter so“.

Wir danken an dieser Stelle den vielen fleißigen Wahlkämpfern, die auf der Straße Überzeugungsarbeit leisteten, Veranstaltungen für den Wahlkampf möglich machten oder als Direktkandidaten zusätzlich selbst in den Ring gestiegen sind. Wir danken den Plakatauhängern, den Flyerverteiltern und all den vielen Aktiven in den vergangenen Wochen und Monaten.

Nicht zuletzt aber danken wir auch unseren Wählerinnen und Wählern, die dieses Ergebnis ermöglicht haben. Wir als Bündnis C Baden-Württemberg werden uns nach Kräften weiter aktiv in die politische Diskussion einbringen und freuen uns auch weiter über Ihre Ermutigung, Ihre Unterstützung und Ihr Gebet.

Herzlichst



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Bayern

Kommunalwahlen in Bayern

Am 8. März 2026 fanden in Bayern die Kommunalwahlen statt. Zwei unserer bayrischen Bündnis C-Mitglieder haben sich Wählergemeinschaften bzw. Wählerlisten angeschlossen:

Rainer Secker aus Traunreut wurde bei der „Chiemgau-Ruperti-Liste“ auf Listenplatz 22 (von 70) für den Kreistag aufgestellt und bei der „Bürgerliste Traunreut“ für den Stadtrat auf Listenplatz 10 (von 30).

Matthias Thümmel aus Oberkotzau kandidierte über die „Unabhängige Wählergemeinschaft Oberkotzau“ auf Listenplatz 9 von 20.

In die jeweiligen Parlamente hat es keiner von beiden geschafft. Etablierte bzw. bekannte Bürger hatten zu meist ihren Standortvorteil im Hintergrund. Das war im Vorfeld auch so zu erwarten. Dennoch überwiegt Dankbarkeit:

Besonders für Erfahrungen, wie Wahlkampf vor Ort geführt wird, wie wichtig es ist, als Politiker vernetzt zu sein, und dass dieser Wahlkampf ein Teil der zukünftigen Vernetzung ist. Auch wurde Bündnis C als Partei – wenn auch in begrenztem Maße – wahrgenommen. Es gab viele persönliche Gespräche, bei denen man lernen konnte, sich selbst als Kandidat besser zu positionieren. Und zumindest in Oberkotzau wurde ein Wahlergebnis erzielt, mit dem die absolute Mehrheit der bisher allein durchregierenden Partei gebrochen wurde und der Marktgemeinderat demokratischer aufgestellt ist.

Matthias Thümmel

53 Jahre
verheiratet, ein Kind
zugezogen
(aus dem Raum Dresden)

Heilerziehungspfleger,
Grafikdesigner

Partei: Bündnis C
– Christen für Deutschland

neu: Bürgerbus-Fahrer

Freizeit:
Motorrad-Fahren,
Boule-Spielen,
Zeichnen und Gestalten

gemeinsam
fraktionsübergreifend
Lösungen finden

Den Markt in
Oberkotzau weiterdenken

Listenplatz 9

**Miteinander
für ein lebenswertes Oberkotzau**

UW
OBERKOTZAU

Landesparteitag am 28.02.2028 in Ingolstadt

Zum diesjährigen Landesparteitag in Ingolstadt wurde der Landesvorstand Bayern neu gewählt. Es kamen insgesamt zwölf Mitglieder und einige Gäste, über die wir uns sehr gefreut haben. Zu Beginn gab es eine kurze Andacht von Rainer Secker und den Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes von Horst Wodarz als Vorsitzendem.

In den neuen Landesvorstand wurden gewählt:

- Horst Wodarz als Landesvorsitzender
- Michael Hayer als Stellvertretender Landesvorsitzender
- Verena Thümmel als Schatzmeisterin
- Rainer Secker und Matthias Thümmel als Beisitzer.

Danach erhielt Michael Hayer die Möglichkeit, sein Buch vorzustellen, das wir sehr empfehlen: „User Centered Development – Warum Demokratie ohne Werte scheitert“. Einen Einblick erhalten Sie in dem nachfolgenden Artikel.

Anschließend wurde die laufende Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt und wie wir unseren Auftritt in den Sozialen



Der Landesvorstand Bayern (von links): Horst Wodarz, Verena und Matthias Thümmel, Michael Hayer, Rainer Secker

Medien in den letzten Monaten entwickelt haben. Wir freuen uns über jeden, der uns aktiv folgt, egal ob aus Bayern oder einem anderen Bundesland. Es ist wichtig, dass wir in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen werden.

Wir danken allen Mitgliedern und Freunden in Bayern, die uns mit Gebet, Spenden oder anderer Unterstützung zu Seite stehen.



Christen unter Generalverdacht: Warum unsere Werte mehr denn je Sichtbarkeit brauchen

In letzter Zeit beobachte ich mit wachsender Sorge, wie der christliche Glaube in der medialen Landschaft Deutschlands zunehmend ins Abseits gedrängt wird. Als evangelikaler Christ und politisch engagierter Mensch kann und will ich das nicht länger schweigend hinnehmen.

Die Mechanismen, mit denen Journalisten, sogenannte Satiriker und Meinungsmacher arbeiten, sind perfide: Unter dem Deckmantel vermeintlicher Demokratieverteidigung wird alles attackiert, was nicht in das links-liberale Mainstream-Weltbild passt. Christliche Influencerinnen wie Jana Higholder, Accounts wie Liebe zur Bibel à la Jasmin Friesen, Ketzer der Neuzeit oder Organisationen wie 1000plus werden gezielt in Misskredit gebracht. Ihre Botschaft: „gefährlich“, „fundamentalistisch“, „rückwärtsgewandt“. Die ZDF-Doku über Christfluencer stellt sie als „Demokratie-Gefährder“ dar, Jan Böhmmermann verunglimpft Lebensschützer öffentlich als „Gebärmutter-Stalker“. Was hier betrieben wird, ist keine ausgewogene Berichterstattung – es ist Propaganda.

Dabei lautet die Wahrheit: Diese jungen Christen bieten Halt. Sie sprechen offen über Glauben, Zweifel, Überforderung und Hoffnung. Sie werben für Liebe, Vergebung, Wahrheit. Und sie widersprechen dem

Zeitgeist, der aus Freiheit Beliebigkeit gemacht hat, aus Toleranz Intoleranz gegenüber Christen.

Wer heute auf Social Media schreibt, dass er an Jesus glaubt und für den Schutz ungeborenen Lebens eintritt, wird nicht als moralisch reflektierter Mensch gefeiert, sondern als Fanatiker beschimpft. Wie tief ist unsere Gesellschaft gesunken, wenn ausgerechnet die Botschaft von Hoffnung, Versöhnung und Barmherzigkeit als Gefahr wahrgenommen wird?

Als Familienvater habe ich miterlebt, wie herausfordernd, verletzlich und gleichzeitig kraftvoll der Weg durch eine Schwangerschaft ist. Gerade deshalb stehe ich mit voller Überzeugung für den Schutz des ungeborenen Lebens und die umfassende Unterstützung jeder werdenden Mutter ein – nicht aus Ideologie, sondern aus Liebe und aus Ehrfurcht vor dem Leben. Und ja: Ich kenne das verächtliche Lächeln, die zynischen Kommentare, die schrillen Vorwürfe, wenn Männer es wagen, sich für den Lebensschutz auszusprechen. Doch unser Grundgesetz schweigt dazu nicht: Es fordert Respekt vor der Religionsfreiheit und garantiert die Meinungsfreiheit. Nur – was nützt eine Verfassung, wenn sie im öffentlichen Diskurs systematisch ignoriert wird?

Wir erleben in Deutschland eine schleichende Christenverfolgung. Nicht mit Gefängnis und Folter, sondern mit Stigmatisierung, Spott, Ignoranz. Und während unsere Medien sich an Frommen im Inland abarbeiten, schweigen sie nahezu vollständig zu den unfassbaren Gräueltaten an Christen weltweit. In Nigeria werden Christen entführt, vertrieben und ermordet. In Nordkorea, Afghanistan, Indien, Iran, China – überall leiden unsere Glaubensgeschwister unter realer, blutiger Verfolgung. Und doch gibt es dazu keine Brennpunkt-Sendungen, keine empörten Leitartikel, keine „Solidaritäts-Hashtags“.

Wo sind all die Marktschreier, die im Konflikt zwischen Israel und Gaza zu jeder Tages- und Nachtzeit „Genozid!“ schrien? Wo sind die Stimmen, die aufschreien, wenn die systematische Zerstörung einer religiösen Gruppe tagtäglich voranschreitet? Wo ist der Protest, wenn 380 Millionen Christen weltweit verfolgt werden? Sie sind wohl ebenso „unwichtig“ wie die 100 000 ungeborenen Kinder, die jedes Jahr in Deutschland im Mutterleib – dem eigentlich sichersten Ort eines jeden heranwachsenden Lebens – getötet werden. Es ist einer dieser Momente, wo man als gestandener, erwachsener Mann einfach nur anfangen kann zu weinen und zu beten. Es scheint, als wäre das Leid der Christen keine Schlagzeile wert. Jesus selbst sagt:



User Centered Politics: Warum Demokratie ohne Werte scheitert

Herausgeber: M. & S. Hayer

Eine Lese- und Hörprobe ist unter Amazon abrufbar.

ISBN: 978-3912532005

„Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen.“ (Johannes 15,20)

Wer glaubt, dass Christsein bedeutungslos oder unpolitisch sei, der hat die Botschaft des Evangeliums nicht verstanden. Der Glaube an Jesus ist immer auch ein öffentliches Bekenntnis, ein Auftrag zur Veränderung. Christsein war nie bequem – aber es war immer relevant. Jeder, der diese Zeilen liest, sollte innerlich so aufgewühlt sein, dass er nicht mehr schweigen kann von dieser Ungerechtigkeit und ruft: Wir sind da. Wir denken. Wir glauben. Wir kämpfen für Menschenwürde, Wahrheit und Freiheit. Ohne Scham. Ohne Aggression. Mit Liebe, Klarheit und Mut.

Es beschämt mich zutiefst, wie die großen Volksparteien, die sich das „C“ führend in den Namen geschrieben haben, diese Werte mit Füßen treten. CDU und CSU haben das Christliche längst zugunsten von Opportunismus und Zeitgeist geopfert. Wer sich für Lebensschutz, Familie, Gottesfurcht oder Wahrheit einsetzt, findet dort keine politische Heimat mehr. Es ist an der Zeit, das „C“ zu retten – durch authentisches, kompromissloses Christsein in der Politik.

Und noch ein Gedanke an unsere geistlichen Geschwister: Liebe Pastoren, Priester, Gemeindeleiter, ihr habt Einfluss. Nutzt ihn. Nicht zur Spaltung, nicht zur Verachtung, sondern zum Aufruf. Ruft eure Gemeinden zum Bekenntnis auf. Ermutigt sie, ihr Kreuz nicht nur im Herzen zu tragen, sondern auch sichtbar in die Welt zu bringen. Sagt euren Mitgliedern, dass Glaube kein Sonntagsluxus ist, sondern eine Aufgabe, ein Lebensstil, ein Auftrag. Wer schweigt, stimmt zu. Und wer glaubt, soll reden. Denn die Welt braucht nicht weniger Kirche – sie braucht eine mutigere Kirche.

Unsere Stimme darf nicht länger fehlen in Schulen, Universitäten, in den sozialen Netzwerken und vor allem in der Politik. Wir brauchen mehr Christfluencer, nicht weniger. Wir brauchen junge Menschen, die auf Social Media nicht nur tanzen, sondern über Jesus reden. Wir brauchen Bekenntnis, wo andere sich ducken.

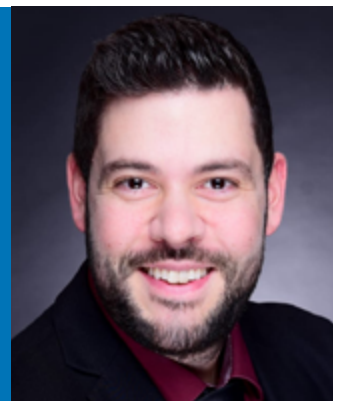
Unsere Gesellschaft taumelt. Orientierungslosigkeit, Identitätsverlust, Sinnkrisen greifen um sich. Die Antwort liegt nicht in noch mehr Dekonstruktion, sondern in der Rückbesinnung auf das Fundament, das unser Land einst getragen hat: die christliche Ethik. Lasst euch nicht einreden, ihr müsst euch für euren Glauben schämen. Seid stark, steht auf, handelt. Ihr habt Grund, stolz zu sein – denn ihr tragt eine Wahrheit in euch, die Generationen überdauert hat.

Bündnis C ist eine Plattform für all jene, die sich nicht länger verstecken wollen. Wir setzen uns ein für Lebensschutz, für Ehe und Familie, für wahre Religionsfreiheit, für Wahrheit. Aber entscheidend ist: Wir brauchen dich. Denn die Veränderung beginnt nicht in den Talkshows oder in stillen Kammern, sondern in deinem Alltag.

Steh auf. Sprich. Handle – #ByFaith. Christen sind keine Gefahr für die Demokratie. Aber das Schweigen der Christen könnte es werden.

Michael Hayer

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Bayern



Hamburg

Informationsveranstaltung in Hamburg

Am 29. November 2025 versammelten wir uns von 11.00 Uhr bis 15:30 Uhr im Hamburger Stadtteil Bramfeld zu unserer ersten Informationsveranstaltung, an der Interessenten und Mitglieder von Bündnis C teilnahmen. Auch aus anderen Bundesländern durften wir Mitglieder begrüßen, worüber wir uns sehr gefreut haben.

Die Veranstaltung wurde von der Landesvorsitzenden Sonja Koschinsky eröffnet. Nach der Begrüßung und der Vorstellung des Landesvorstandes genossen wir eine Lobpreiszeit, die uns auf den Tag einstimmte. Anschließend hielt der stellvertretende Landesvorsitzende Bobby Schieler eine Andacht zum Thema „Ihr seid das Salz der Erde und ihr sollt ein Licht in dieser Welt sein“.

Darauf folgte der Vortrag „Christ und Politik“ von unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden Donaldson Sackey über unsere Verantwortung als Christen. Diese Verantwortung endet nicht an unserer Haustür oder Kirchentür, sondern erstreckt sich auf unsere Gesell-

schaft, was folglich auch für die Politik gilt. Jesus und auch die Apostel kamen in Kontakt mit den damaligen Hoheitsträgern und haben nicht geschwiegen, sondern klar Stellung bezogen. Auch die Kirchenväter haben die Herrschenden ihrer Zeit konfrontiert. Mehrere starben dafür als Märtyrer.

Danach durften wir als Gastredner Frank Brandenburg begrüßen. Er hielt uns einen Vortrag zum Thema „Warum alle eine christliche Gesundheitspolitik wählen sollten“. Er entfaltete Perspektiven aus unserem Gesundheitspolitischen Programm, wie Gesundheitspolitik aus christlicher Sicht gestaltet und umgesetzt werden kann, um eine gute Versorgung und Prävention zu gewährleisten. Auch die Ärmsten der Armen und ausgegrenzte Gruppen müssen in das Gesundheitssystem integriert werden.

Zwischendurch gab es ausreichend Zeit, um sich zu stärken und für den persönlichen Austausch. Um 15:30 Uhr wurde die Veranstaltung von der Landesvorsitzenden Sonja Koschinsky mit einem kurzen Schlusswort und Gebet beendet.



Sonja
Koschinsky
Landesvorsitzende
Hamburg



Rheinland-Pfalz

Landesparteitag mit Neuwahl des Vorstandes

Durch den Rücktritt des Landesschatzmeisters wurde die vorgezogene Neuwahl des Landesvorstandes erforderlich. Der amtierende Vorsitzende eröffnete den Landesparteitag am 14. März 2026 mit Gebet und einer Andacht zu 1Petrus 2,9.

Darauf folgte der Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Wir haben uns nach besten Kräften bemüht, zur Landtagswahl 2026 zugelassen zu werden. Leider hat der Ausstieg von zwei aktiven Mitgliedern die Konzentration und Kraft geraubt, um die Unterstützungsunter-

schriften zu bekommen. Wir haben außerdem ein programmatisches Gerüst mit politischen Schwerpunktthemen aufgebaut, die uns auf dem Herzen liegen:

1. Das Grundgesetz und dessen Umsetzung von Regierungsverantwortlichen.
2. Das Selbstbestimmungsgesetz als Abkehr von Gottes Schöpfung.
3. Ein gerechter Wirtschaftsansatz: Geben und Teilen statt Habgier und Selbstbezug.
4. Die Aufarbeitung der Corona-Krise.
5. Abschaffung des Bargeldes, der Kirchensteuer und der GEZ-Gebühren.

Wir wollen in den sozialen Medien unsere politischen Bemühungen sichtbar machen und in den nächsten fünf Jahren einen starken Landesverband aufbauen durch Bürgerdialog, Mitgliederwerbung und kleinere öffentliche Aktionen. Die Zusammenarbeit mit der ICCG wollen wir vertiefen.

In den neuen Landesvorstand wurden gewählt:

- Eckhard Braun als Landesvorsitzender
- Martin Brüggehoofe und Lena Macaluso als stellvertretende Vorsitzende
- Volker Giese als Landesschatzmeister.

Lena Macaluso bot sich an, ihre Fähigkeiten in den Sozialen Medien einzubringen. Martin Brüggehoofe brachte ein prophetisches Wort mit aus 1Könige 17,14. Dank der Gnade und Treue unseres Herrn und Dank vieler Gebete von Geschwistern bei Bündnis C ist der Bestand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz weiterhin gesichert. Wir warten auf Gottes verheißenen Regen des Heiligen Geistes, der unserem Land, der Gemeinde Jesu und Bündnis C neues Wachstum schenken wird.

Der Landesparteitag endete mit einem Segen und gemeinsamem Abschlussgebet.

Eckhard Braun

Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Sachsen

Thementag

„Christen in Wirtschaft und Politik“

Wir laden als Sächsischer Landesverband unsere Mitglieder, Freunde und Interessenten herzlich ein zum

Thementag „Christen in Wirtschaft und Politik“

am **Samstag, 25. April**

im **Christlichen Glaubenszentrum
Lichtenstein (GCL)**

Paul-Zierold-Straße 8, 09350 Lichtenstein
(Eingang in der Böttgerstraße 15).

Folgendes erwartet Sie:

12.30 Uhr Ankommen und Stärkung bei Getränken und Imbiss

13.00 Uhr Andacht

13.15 Uhr Begrüßung und Informationen zur Berufung von Bündnis C

13.30 Uhr Vortrag und Diskussion über „Wirtschaftspolitik unter Gottes Segen“ (Referenten sind angefragt)

15:00 Uhr „Lokalpolitik als Chance für uns Christen“ – Erfahrungen und Austausch dazu

16:00 Uhr Ausklang der Tagung beim Kaffee und Kuchen

17:00 Uhr Film der Sächsischen Israelfreunde „Wir sind noch nicht fertig“

Dieser aktuelle Dokumentarfilm behandelt die Situation in Judäa und Samaria, der sogenannten Westbank, im Kernland des biblischen Volkes Israel. Für die Einführung und anschließende Gesprächsleitung haben wir Pfr. i. R. und Israelfreund Heinz-Günter Ernst unter uns.

Der Eintritt ist frei. Spenden zugunsten von Hilfsprojekten in Israel sind herzlich willkommen!

Buchempfehlung: Das Buch der Mitte

Wie wir wurden, was wir sind. Die Bibel als Herzstück der westlichen Kultur

Vor vielen Jahren besuchte ich eine Veranstaltung der Studentenmission Deutschland (SMD) an der Uni Leipzig. Der Autor Vishal Mangalwadi stellte sein „Buch der Mitte“¹ vor, das ich mir im Anschluss kaufte, las und gern ausleihe.

Vishal Mangalwadi ist indischer Christ und Philosoph, politisch engagiert und hat mehrere Hilfsprojekte gegründet. Aktuell wohnt er in den USA, ist aber häufig zu Veranstaltungen in Deutschland unterwegs. Die Frage, warum die westliche Kultur in vielen Bereichen wie Wissenschaft, Technik, Bildung, Kunst, Medizin, Demokratie, Wohlstand anderen Kulturen überlegen ist (ich möchte ergänzen: oder gewesen ist), veranlasste ihn, nach der Ursache zu forschen. Er fand sie im christlichen Glauben bzw. in der Bibel als dem einzigen Buch, das Menschen nachhaltig zum Guten verändert. In sieben Teilen und zwanzig Kapiteln analysiert er diese Veränderungen leicht verständlich und gut zu lesen. Die vielen Beispiele auch aus seinem eigenen Leben machen es spannend. Aufgrund seines indischen Hintergrundes kommen die meisten Beispiele, Zitate und Belege aus dem englischsprachigen Raum. Aber auch Bach, Luther, deutsche Dichter und Philosophen werden im Buch erwähnt.

Ausführlich legt er dar, welche Auswirkungen der christliche Glaube auf die Gesellschaft hat, warum z. B. die Demokratie am besten in den westlichen Ländern funktioniert und wie sich ein Zurückdrängen des christlichen Glaubens auf unsere westliche Demokratie auswirkt. Sehr gut zeigt er, wie Hinduismus und Islam im Vergleich zum Christentum Gesellschaften und Länder prägen. Er zeigt Ursachen und Auswirkungen auf, Saat und Ernte. Ich lernte vieles, um den Hinduismus und den Islam besser zu verstehen.

Immer wieder werden wir als Christen von geistlichen Leitern und selbst von manchen Nichtchristen aufgefordert, unseren Glauben öffentlich zu leben und uns in



die Gesellschaft einzubringen. Das Buch ermutigt dazu mit vielen Gründen und Zeugnissen der Vergangenheit. Es waren z. B. Christen, die sich entscheidend für das Ende des Sklavenhandels und der Sklaverei eingesetzt haben. Ausführlich zeigt er die Auswirkungen der Methodistischen Erweckung auf das frühkapitalistische England. Auch das Wirken vieler Missionare lässt uns mutig und stolz auf unseren Glauben werden. Die Basis für Menschenwürde und Menschenrechte kommt aus dem Christentum.

Ich bin in der DDR aufgewachsen, wo man in den Medien und in der Schule vom Christentum meist nur Negatives und auch Falsches zu hören bekam. Allgemein wird der christliche Glaube von links verunglimpft. Durch das Buch habe ich erstmals richtige und wichtige Informationen aus der Geschichte des Mittelalters bekommen. Wer sich und seinen Glauben nicht mehr kleinmachen lassen will, findet im Buch viele gute Argumente. Und auch warum es wichtig ist, sich in die Gesellschaft und Politik einzumischen.

Für welchen Glauben ich mich entscheide, ist meine persönliche Entscheidung und Privatsache. Den Glauben zu leben, ist aber nicht nur Privatangelegenheit. Kultur kommt von Kultus, also von Religion und Glauben. Die Tatsache, dass Mangalwadi Inder ist und kein „böser Weißer“ und dass er viele Zitate, Fakten und Schlussfolgerungen von Nichtchristen anführt, machen Diskussionen leichter.

Meine Empfehlung: Sehr lesenswert für jeden Christen, besonders für Mitglieder von Bündnis C.



Thomas
Lamowski

Landesvorsitzender
Sachsen

¹ Vishal Mangalwadi. Das Buch der Mitte. Wie wir wurden, was wir sind. Die Bibel als Herzstück der westlichen Kultur. Fontis, 2014. <https://www.fontis-shop.de/products/das-buch-der-mitte?queryID=54a12afde8f742d84aa9766533f050c4> ISBN/EAN: 9783038480044

Bürgergeld oder Grundsicherung: Reformbedarf mit Augenmaß

Wir begrüßen, dass von der Bundesregierung Reformen und Veränderungen im Bereich Bürgergeld und Grundsicherung angestoßen wurden. In Teilen sind diese notwendig. Gleichzeitig sehen wir, dass bisherige Reformen nicht zu einer spürbaren Verbesserung für die Betroffenen geführt haben, die internen Kosten der Jobcenter aber erheblich gestiegen sind.

Bündnis C – Christen für Deutschland fordert eine Vereinfachung der Antragsverfahren und gezielte Förderung und Qualifizierung in Zusammenarbeit mit potenziellen Arbeitgebern.

Steigende Verwaltungskosten

Die Ausgaben der Jobcenter stiegen im Jahr 2025 insbesondere durch höhere Verwaltungskosten um rund 200 Millionen Euro auf insgesamt 5,25 Milliarden Euro. Hinzu kommt ein erhöhter Etat für Eingliederungsleistungen in Höhe von 4,1 Milliarden Euro. Nach dem aktuellen Entwurf des Bundeshaushalts sind für 2026 Gesamtausgaben für das Bürgergeld von rund 51 Milliarden Euro geplant. In den vergangenen zehn Jahren sind die Verwaltungskosten – unter anderem durch gestiegene Löhne – insgesamt um 39 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro angestiegen.

Im Juli 2025 wurde von den Jobcentern die verpflichtende Kommunikation über das Online-Portal eingeführt. Der Erfolg dieser Maßnahme ist bislang mäßig. Viele Leistungsbezieher berichten von erheblichen technischen Problemen. Termine beim Jobcenter sind oft nur nach wochenlangen Versuchen zu erhalten, werden kurzfristig abgesagt oder verspätet zugestellt. Auch die postalische Kommunikation dauert inzwischen deutlich länger.

Unterschiedliche Zielgruppen

Eine wirksame Arbeitsmarktpolitik muss differenzieren. Zu den Leistungsbeziehern zählen unter anderem:

- **Aufstocker:** Rund 800 000 bis 830 000 Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit Bürgergeld beziehen.
- **Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen:** Etwa 45% der Bürgergeldempfänger geben laut repräsentativen Erhebungen an, an psychischen oder chronischen Erkrankungen zu leiden, die ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen.

- **Alleinerziehende:** Eine besonders betroffene Gruppe, die häufig arbeitswillig ist, jedoch vor strukturellen Hürden wie fehlender Kinderbetreuung steht.
- **Menschen mit Sprachdefiziten oder ohne Berufsabschluss,** die gezielte Förderung benötigen.

Gerade diese Personengruppen werden häufig **nicht individuell gefördert**, sondern in allgemeine Gruppenmaßnahmen vermittelt. Anschließend fallen die Teilnehmer bis zu einem Jahr aus der Arbeitslosenstatistik heraus, was die tatsächliche Lage am Arbeitsmarkt verzerrt.

Defizite in Beratung und Qualifizierung

Viele Leistungsbezieher berichten, dass sie keine konkreten Jobangebote, **keine passgenauen Maßnahmen** und **keine individuelle Betreuung** erhalten. Hinzu kommt, dass Jobcenter-Mitarbeiter selbst häufig nicht ausreichend geschult sind – weder im Umgang mit den Kunden noch in der aktuellen Arbeitsmarktlage oder den Förderinstrumenten. Potenziale der Leistungsbezieher werden dadurch nicht erkannt und nicht genutzt, sei es für den ersten Arbeitsmarkt oder für eine mögliche Selbstständigkeit.

Konkrete Lösungsansätze

Eine nachhaltige Reform sollte folgende Punkte leisten:

- Weg von ineffektiven Gruppenmaßnahmen, hin zu **zielgerichteter, individueller Förderung**
- **Einzelcoachings** statt Massenmaßnahmen – auch wenn diese zunächst höhere Kosten verursachen
- **Bessere Schulung der Mitarbeiter** in Beratung, Förderinstrumenten und Arbeitsmarktintegration
- **Vereinfachung der Antrags- und Formularprozesse**, die für viele kaum zu bewältigen sind
- **Enge Zusammenarbeit mit Arbeitgebern**, um Qualifizierung direkt im Betrieb zu ermöglichen
- **Stärkere Nutzung und Ausweitung des Qualifizierungschancengesetzes**, das ein sinnvoller Ansatz ist, aber bislang zu wenig bekannt ist.

Verena Thümmel

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Rente, Bürgergeld und Familienpolitik: Eigenverantwortung aktivieren

Das Rentenpaket der Bundesregierung ist beschlossen. Während die Junge Gruppe der CDU-Abgeordneten gegen die Fortschreibung des Rentenniveaus aufbegehrte, setzten die JuSos SPD-Ministerin Bas bei der Bürgergeldreform unter Druck. Unvereinbare Menschen- und Gesellschaftsbilder verhindern zunehmend Kompromisse von CDU und SPD – egal wie weit die CDU noch nach links rückt. Bündnis C – Christen für Deutschland fordert die CDU auf, ihre Politik stattdessen auf ihren christlichen Grundlagen neu aufzustellen, statt mit ungedeckten Schulden die Gräben zwischen den Koalitionspartnern zuzuschütten.

Das Rentenpaket der Bundesregierung schreibt das Rentenniveau über 2031 hinaus bei 48 Prozent fest und wird damit ab 2032 jährlich 15 Milliarden Euro Mehrkosten verursachen. Kritik kam vor allem von den jungen Abgeordneten an den Folgekosten für die nächste Generation. Wenn der Thüringer Ministerpräsident Mario Voigt die Junge Gruppe darauf hinweist, dass man jetzt nicht die Aufgaben von 2032, sondern die Probleme von 2025 lösen müsse, offenbart er die kurzsichtige, auf die Legislaturperiode und die eigene Wiederwahl reduzierte Politik, die zum bestehenden Reformstau geführt hat. Je länger notwendige Einschnitte verschoben werden, desto mehr schwindet eine solide Grundlage dafür, wird die Erwartungshaltung genährt, dass alles so bleibt, und desto dysfunktionaler und gefährdeter wird das System. Arbeitgeberverbände fordern eine grundlegende Reform, die die Belastungsspirale der gesetzlichen Rentenversicherung stoppt, statt zuerst mit enormen Folgekosten das Rentenniveau festzuschreiben.

Die Reformbereitschaft der Bundesregierung scheitert vor allem an der SPD, die jede weitere Verhandlung des Rentenpakets ablehnte, jedoch auf Druck der JuSos hin Nachforderungen zur Bürgergeldreform stellte. Die Reform soll das Bürgergeld durch eine Grundsicherung ersetzen. Sie sieht mehr Sanktionen vor, gibt der Vermittlung in Arbeit Vorrang und ist ein Schritt zu mehr Eigenverantwortung statt Versorgerstaat. Bundesarbeitsministerin Bas rief zum Kampf gegen die Arbeitgeber auf, wie er in der sozialistischen DNA der

SPD angelegt ist und mit zu hohen Abgaben und Überregulierung die deutsche Wirtschaft maßgeblich an den Rand des Scheiterns gebracht hat. Wer mehr Geld für Soziales ausgeben will, muss die Arbeitgeberseite stärken, statt sie zu bekämpfen. Wir fordern einen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, statt Klassenkämpfe zu provozieren.

Der maßgebliche Dissens zwischen sozialistischen und christlich fundierten Gesellschaftsmodellen ist die Würde des Menschen und ob staatliche Versorgung oder die Eigenverantwortung der Familien für ihren Lebensunterhalt Priorität hat. Mit zu hohen Steuern und Sozialabgaben wurden immer mehr Familien die Mittel für Eigenvorsorge und -initiative genommen und sie in die Abhängigkeit von staatlichen Sozialsystemen gebracht. Diese Umverteilung trägt die Handschrift der SPD und muss mit grundlegenden Reformen aufgebrochen werden, damit Familien wieder eigenständig ihre Sozialverantwortung wahrnehmen können.

Bündnis C – Christen für Deutschland befürwortet die Mütterrente mit der Gleichstellung der Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder, die Aktivrente als Anreiz zu steuerfreiem Zuverdienst und die Stärkung der privaten Vorsorge. Diametral gegen die Bewältigung der demografischen Krise gerichtet sind die Pläne von CDU-Familienministerin Prien, mit 3,8 Milliarden Euro weiter Kitas und Ganztagsbetreuung auszubauen, obwohl die letzten geburtenschwachen Jahrgänge vielerorts bereits jetzt die Kitas nicht mehr füllen. Kinderkrippen dienen nicht der frühkindlichen Bildung, sondern beeinträchtigen die kindliche Psyche. Es ist kein alter Hut, dass kleine Kinder besonders unter drei Jahren am besten in ihren Familien aufgehoben sind. Die demografische Krise wendet sich nicht mit noch mehr Müttern in Vollzeitjobs, sondern mit Eltern, die der Betreuung ihrer Kinder wieder erste Priorität einräumen, damit diese bindungs-, bildungs- und leistungsfähige Erwachsene werden. Bündnis C – Christen für Deutschland fordert die Umlenkung der Kita-Subventionen in ein Erziehungsgeld für Eltern, damit sie Wahlfreiheit haben, wie sie ihre Kinder großziehen.

Pressemitteilung 4. Dezember 2025

Asyl und Migration: Dem Einzelfall gerecht werden

Die gegenwärtigen Veränderungen in der deutschen und europäischen Migrations- und Asylpolitik zeigen ein Spannungsfeld aus dringend notwendigen Reformen, aber auch tiefen menschlichen Herausforderungen. Als jemand, der selbst als Geflüchteter nach Deutschland kam, hier zum christlichen Glauben fand, später Theologie studierte und heute als Pastor sowohl in einer deutschen Gemeinde als auch unter persischsprachigen Gruppen tätig ist, begegne ich diesen Entwicklungen nicht theoretisch, sondern aus unmittelbarer Erfahrung heraus. Seit Jahren begleite ich Menschen durch die Höhen und Tiefen des Asylverfahrens. Darum möchte ich einige Beobachtungen und Überlegungen teilen.

Positive Aspekte

Es ist verständlich und richtig, dass Deutschland versucht, das Asylsystem effizienter, transparenter und gerechter zu gestalten. Die Eindämmung von Missbrauch, die Beschleunigung von Verfahren und der Schutz der inneren Sicherheit sind legitime politische Ziele. Auch der zunehmende Fokus auf Integration – Sprache, Arbeit, Ausbildung und gesellschaftliche Teilhabe – ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung.

Doch bei aller notwendigen Reformarbeit darf eines nie verloren gehen: der Blick auf den Menschen. Hinter jeder Akte steht ein Schicksal, hinter jedem Bescheid eine Familie, eine Geschichte, eine Hoffnung oder eine Angst.

Wenn Regeln Menschen in Not bringen

Trotz positiver Entwicklungen erlebe ich regelmäßig Situationen, in denen gut integrierte Menschen plötzlich vor der Abschiebung stehen – Menschen, die seit Jahren hier leben, arbeiten, Deutsch sprechen, Familien gegründet haben und längst ein funktionierender Teil unserer Gesellschaft geworden sind.

Ein Beispiel: Eine Person lebt seit sieben Jahren in Deutschland, ist berufstätig, und seine Ehepartnerin befindet sich in der Ausbildung zur Pflegefachkraft – einem gesellschaftlich hochrelevanten Bereich. Dennoch wird seine Arbeitserlaubnis entzogen und eine

Ausreise verfügt. Solche Entscheidungen zerstören funktionierende Strukturen und schaffen Unsicherheit statt Ordnung.

Noch schwerwiegender sind die Fälle verfolgter Christen aus dem Iran oder Afghanistan. Viele von ihnen wurden aufgrund ihres Glaubens verhaftet, bedroht oder misshandelt. Trotz bestätigender Schreiben internationaler Organisationen oder erfahrener Pastoren stuft das BAMF ihre Aussagen teils als unglaubwürdig ein. Manche standen bereits am Flughafen – kurz vor einer Abschiebung in Länder, in denen ihnen reale Gefahr droht.

Solche Entscheidungen erzeugen Angst und Verunsicherung – nicht nur bei den Betroffenen, sondern in ganzen Gemeinden.

Fehlende Differenzierung

In der öffentlichen Debatte kommt ein Punkt häufig zu kurz: der notwendige Unterschied zwischen dem Umgang mit straffälligen Personen und dem Umgang mit integrationswilligen Migranten.

Viele gut integrierte Migranten äußern öffentlich ihre Sorge darüber, dass Straftäter häufig zu milde behandelt werden, während gesetzestreue und integrationsbereite Menschen mit beruflicher Perspektive plötzlich ihre Arbeitserlaubnis verlieren oder zur Ausreise aufgefordert werden. Sie befürchten zu Recht, dass dadurch das Bild aller Migranten beschädigt und gesellschaftliche Spannungen verstärkt werden.

Hier braucht es deutlich stärkere Einzelfallprüfungen und konsequentes, zügiges Handeln statt pauschaler Lösungen, die aus administrativer Vereinfachung entstehen, aber zu realer Ungerechtigkeit führen.

Ein funktionierendes Modell

In früheren Jahren registrierte die UNHCR Geflüchtete in der Türkei und verteilte sie nach klaren Kriterien auf verschiedene Länder. Dieses Modell bot Schutz und schuf Ordnung. Es

- schwächte Schleuserstrukturen
- reduzierte gefährliche Fluchtrouten
- ermöglichte legale und sichere Wege
- verteilte Verantwortung gerechter.

Ein modernes europäisches Verfahren nach diesem Vorbild wäre sinnvoll und könnte Leid verhindern.

Erfahrungsbasierte Perspektiven

Viele Entscheidungen werden von Menschen getroffen, die selbst nie Flucht, Ablehnung oder kulturelle Entwurzelung erlebt haben. Nur wer diese Realität kennt, versteht die emotionale und existenzielle Tiefe dieser Themen.

Eine politische Kommission, in der Menschen mit eigener Migrationserfahrung mitwirken, könnte zu gerechteren, realistischeren und tragfähigeren Entscheidungen beitragen.

Integration – vier Schlüsselbereiche

Als Pastor sehe ich täglich, wie Integration entweder gelingt oder scheitert. Entscheidend sind:

- Schutz für tatsächlich Verfolgte: Gefährdete Menschen brauchen transparente und schnelle Verfahren.
- Förderung und Forderung: Sprache, Ausbildung und Arbeit sind Grundpfeiler gelungener Integration.
- Gemeinschaft statt Isolation: Kirchen und Gemeinden bieten Beziehung, Orientierung und Stabilität – ein unverzichtbarer Beitrag.
- Psychische und soziale Unterstützung: Viele Geflüchtete tragen schwere Traumata. Ohne Begleitung werden sie keine gesunde Zukunft aufbauen können.

Europäische Regeln und Risiken

Die jüngsten Beschlüsse der EU-Innenminister zur Verschärfung der Abschieberegelungen erhöhen zwar die Effizienz der Verfahren und knüpfen teilweise an frühere Modelle an, bergen jedoch erhebliche Risiken. Besonders problematisch sind:

- Abschiebungen in unbeteiligte Drittstaaten
- Abschiebezentren außerhalb Europas
- Finanzielle Konstruktionen mit geringer Transparenz.

Es besteht die Gefahr, dass Schutzsuchende faktisch „weitergereicht“ werden, während Europa sich schrittweise seiner Verantwortung entzieht. Viele tatsächlich Schutzbedürftige könnten dabei durchs Raster fallen.

Globale Verantwortung

Wenn führende Politiker Länder des globalen Südens pauschal abwerten, ist das nicht nur politisch problematisch, sondern moralisch nicht vertretbar. Solche Aussagen fördern Rassismus, entmenslichen Schutzsuchende und vergiften den gesellschaftlichen Diskurs.

Europa darf dieser Rhetorik nicht folgen. Politik muss sich an der Würde des Menschen orientieren – nicht an Herkunft oder Nutzen.

Populismus und Angst

Auch in Deutschland gewinnen politische Kräfte durch einfache Antworten auf komplexe Fragen an Zustimmung. Angst wird instrumentalisiert, statt Lösungen zu entwickeln.

Doch Angst ist kein guter Ratgeber. Werte wie Verantwortung, Wahrheit und Gerechtigkeit sind tragfähiger für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Europa braucht Mut – nicht Feindbilder.

Fazit

Migration ist keine statistische Größe, sondern eine menschliche Realität. Jeder Mensch trägt das Ebenbild Gottes. Darum müssen wir:

- schützen, was schutzwürdig ist
- korrigieren, was missbraucht wird
- integrieren, was bleiben darf
- und menschlich bleiben, wo Härte keine Lösung bietet.

Deutschland braucht ein Asylsystem, das menschlich, gerecht, konsequent, transparent und von Verantwortung geprägt ist.

Als jemand, der selbst durch dieses System gegangen ist und heute anderen Geflüchteten dient, bete und arbeite ich mit Bündnis C dafür, dass politische Entscheidungen nicht nur juristisch korrekt, sondern auch moralisch verantwortlich getroffen werden – so, wie Jesus Christus es uns gelehrt hat:

„Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Matthäus 25,40)

Mohsen Kornelsen

Beisitzer Bundesvorstand

Pastor einer deutsch-persischen Gemeinde

Terror, Raub und Anschläge

Schutz für unser Gemeinwesen

Ein großflächiger Stromausfall in Berlin, Banküberfälle, Automatensprengungen und Silvesterschäden. Das neue Jahr begann mit Erschütterungen unserer Sicherheit. Wo Verbote, Sicherheitsvorkehrungen und Behörden versagen, ruft Bündnis C – Christen für Deutschland Politik und Gesellschaft zur Rekonstruktion der christlichen Grundlagen, die unserer Gesellschaft Stabilität und Sicherheit geben.

Die meisten der 45 000 betroffenen Haushalte und 2200 Unternehmen in Berlin Nikolassee, Zehlendorf, Wannsee und Lichterfelde hatten nach einer Woche wieder Strom. Fast 1000 Einsatzkräfte waren vor Ort beschäftigt. Mit enormem Aufwand wurden die massiven Schäden an der Kabelbrücke in Berlin Steglitz-Zehlendorf provisorisch repariert, um die Stromversorgung schnellstmöglich wiederherzustellen. Folgeschäden werden sichtbar, wenn Heizungen nicht wieder anlaufen oder eingefrorene Leitungen auftauen. Bereits im September 2025 waren etwa zehntausend Haushalte im Südosten Berlins nach einem Brandanschlag mehrere Tage ohne Strom. Die Täter wollen laut Bekenner schreiben „den Herrschenden den Saft abdrehen“ und weitere Gaskraftwerke in Deutschland verhindern. Die sogenannten „Vulkangruppen“ verüben seit Jahren Anschläge auf die öffentliche Infrastruktur in Berlin und Brandenburg und legitimieren ihre Sabotageakte als „gemeinwohlorientiert“, um Raubbau an der Erde beenden zu wollen.

In linksextremistischen Terroranschlägen geht heute weithin die Saat einer extremistischen Klimapolitik auf, die Angst und Aggressionen schürt und Radikalisierung befördert. Niemand hat damit eine Rechtfertigung für Terroranschläge. Die Politik wird jedoch aus der Doktrin betrieben, dass wir als Menschen den Planeten retten müssten, ohne Rücksicht auf die Kosten für die jetzt Lebenden. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021, dem Klimaschutz Verfassungsrang einzuräumen, sollte die Politik zum Handeln gezwungen werden. Wer dem vorgeblich wissenschaftlichen Konsens des menschengemachten Klimawandels widerspricht, vertritt seitdem nicht nur eine andere wissenschaftliche Meinung, sondern wird zum Verfassungsfeind erklärt. Damit wurde Extremisten der Boden bereitet, jegliche Mittel gegen angebliche Ver-



säumnisse staatlichen Handelns aufzufahren. Wer jetzt über Anarchisten klagt, muss den Boden umpflügen, auf dem sie über Jahrzehnte gediehen sind: Die 68er neomarxistische Agenda hat die RAF und ihre heutigen Erben hervorgebracht. Was mit ihrer Parole „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“ und Ökologie begann, hat eine Politik gegen die Christdemokratie, gegen staatliche Ordnung, gegen Familien und gegen die Schöpfung hervorgebracht und gefährdet damit immer mehr den gesellschaftlichen Frieden, die Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung.

Die Zeit der Kompromisse mit dieser zerstörerischen Ideologie ist vorbei. CDU/CSU müssen sich entscheiden, wem sie weiter dienen: linksgrünen Utopien, mit denen Deutschland maßgeblich auch Europa ins Wanken bringt, oder ihrer christdemokratischen Verantwortung vor Gott und Menschen.

Kriminelle Energie anderer Couleur entlud sich bei mehreren Bankeinbrüchen um den Jahreswechsel, der dramatischste bei einer Sparkasse in Gelsenkirchen mit etwa 100 Millionen Euro Beute aus 3200 Schließfächern. Immer wieder werden Geldautomaten gesprengt mit horrenden Schäden auch an den Gebäuden. Je sicherer die Tresore gemacht werden, desto mehr rüsten Kriminelle dagegen auf. In den seltensten Fällen werden die Täter gefunden und dingfest gemacht, ebenso wenig bei den jährlichen Silvesterschäden, Toten und Verletzten durch Böllerexplosionen.

Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt zur Rekonstruktion der biblisch fundierten Ordnungen, die Deutschland und Europa stark gemacht haben. Gewissen wird durch Verantwortung für den Nächsten und das Gemeinwohl geprägt. Kriminalität kann nicht allein durch Verbote und neue Gesetze im Zaum gehalten werden, wenn Politik und Gesellschaft die ethische Grundlage verlassen, die unserer Gesetzgebung den Rahmen gegeben hat. Deutschland braucht zu Beginn dieses Jahres eine Neuausrichtung auf die christlichen Grundlagen, die unserer Gesellschaft Stabilität und Sicherheit gegeben und unser Gemeinwesen geschützt haben.

Karin Heepen, Generalsekretärin

Energieversorgung sichern!

Anfang November erlebte Deutschland die erste Dunkelflaute des Winterhalbjahres mit einem nahezu Totalausfall von Wind- und Solarstrom. Im Gegensatz zu bisherigen gesetzlichen Vorgaben sind die Gasspeicher zu Beginn dieses Winters nur zu 73 Prozent gefüllt. Damit wird Deutschland abhängig von internationalen Märkten für den nicht planbaren Zukauf von Gas und Strom. Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt die Sicherung der Grundversorgung an mit dem Erhalt und Investitionen in grundlastfähige, einheimische Energieträger.

Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2024 bei etwa 57 Prozent. Während der ersten Dunkelflaute des Winterhalbjahres Anfang November 2025 erzielten Wind- und Solaranlagen im Minimum nur 0,35% ihrer installierten Leistung. Während im windreichen Oktober noch über 15 GW ins Ausland abgeführt werden mussten, wurden Anfang November bis zu 14 GW aus der EU zugekauft und die heimischen Kohle- und Gaskraftwerke auf über 32 GW hochgefahren. Nach dem Wegfall von russischem Erdgas, der Abschaltung der letzten deutschen Atomkraftwerke mitten in der Energiekrise und dem Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 sollen laut aktueller Kraftwerksstrategie Bundesregierung bis 2031 neue Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 10 GW als Reserve dienen, um das Stromnetz stabil zu halten. Die Bundesnetzagentur hält dies für nicht ausreichend und rechnet mit einer notwendigen Reservekapazität von bis zu 35 GW. Deutschland wird damit neben Wind und Sonne erheblich von ausländischem Gas und Strom abhängig.

Der Füllstand der Gasspeicher lag zu Beginn dieses Winters bei nur rund 73% infolge staatlicher Eingriffe in die Gaspreise und fehlender Befüllungsaufträge und sank zum 30.11. bereits auf 67%. Im Frühjahr 2025 hatte die Bundesregierung die gesetzliche Vorgabe von 90% für den 1. November gestrichen. Laut einer am 6. November 2025 beschlossenen Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes entfällt zum 1.1.2026 zudem die Gasspeicherumlage, mit der der Staat eigene Speicherbefüllungen finanziert hat. Damit sollen die Gaspreise für Verbraucher gesenkt und Gasmangellagen zukünftig mit Umlagen aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausgeglichen werden. Es wurden damit zwei Sicherungsmechanismen für die Gasversor-

gung gestrichen, und die Betreiber warnen vor Engpässen in der Gasversorgung bei einem kalten Winter. Bei zu niedrigen Füllständen muss Gas zu aktuellen Marktpreisen gekauft werden, die sich in den Verbraucherpreisen niederschlagen. Und Deutschland wird damit inmitten zunehmender geopolitischer Spannungen abhängiger von internationalen Gaslieferanten.

Energieversorgung gehört zur Grundversorgung wie Nahrung, Kleidung und Wohnen, für deren sichere Rahmenbedingungen eine Regierung die oberste Verantwortung trägt. Der kaum regulierte Zubau von Wind- und Solaranlagen und fehlende Speichermöglichkeiten zwingen die Betreiber zu permanenten Eingriffen in das Stromnetz und gehen zulasten der System- und Versorgungssicherheit. Trotz der offensichtlichen Risiken verfolgt auch die neue Bundesregierung keine klare Strategie, die Versorgungssicherheit stärkt, alle verfügbaren Technologien einbezieht und kurzfristige Lösungen ermöglicht. Die Klimapolitik kostet Deutschland jedes Jahr Milliarden. Während die Maßnahmen auf wachsenden Widerstand stoßen, ist deren wissenschaftliche Grundlage – die vom Menschen durch CO₂-Emissionen verursachte Erderwärmung – umstritten. Wissenschaft kann nur begrenzt seriöse Langzeitprognosen machen. Für sogenannte „Kipppunkte“ des Klimasystems gibt es keine wissenschaftlichen Belege, sie heizen jedoch apokalyptische Szenarien an, die unter anderem 2021 als Begründung des Bundesverfassungsgerichts dienten, Klimaschutz zum Staatsziel zu erklären.

Als Christen wissen wir, dass wir von Gott als Haushalter für diese Welt eingesetzt sind und ohne den Schöpfer nicht die Schöpfung erhalten werden. Keine Regierung wird zukünftige Generationen retten, indem sie die Lebensgrundlagen der jetzt lebenden zerstört. Wir fordern die Bundesregierung auf, die hervorragende Infrastruktur zu erhalten, die Deutschland als Industrienation stark gemacht hat, und die ideologisch motivierten Fehlentscheidungen zu korrigieren, die die Industrie und die Energieversorgung des Landes gefährden. Bündnis C – Christen für Deutschland mahnt die Sicherung der Grundversorgung an mit dem Erhalt und Investitionen in grundlastfähige, einheimische Energieträger, der Erschließung europäischer Gas- und Ölvorkommen, dem Aufbau moderner Speicherkapazitäten für Wind- und Solarstrom und Investitionen in Wasserstofftechnologien und Kernenergie.

Pressemitteilung 2. Dezember 2026

Mercosur: Den europäischen Binnenmarkt stärken

Das Mercosur-Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur mit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay wurde seit mehr als 25 Jahren verhandelt. Es wurde am 17. Januar von Vertretern der EU-Kommission und der Mercosur-Länder unterzeichnet. Am 21. Januar sollte das Europäische Parlament zustimmen – und verwies es stattdessen zur Überprüfung an den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Der Antrag auf eine rechtliche Prüfung, ob das Abkommen mit EU-Verträgen vereinbar sei, war überwiegend von Parlamentariern der Linken und der Grünen eingereicht worden. Sie kritisierten die Umgehung nationaler Parlamente mit dem Interimshandelsabkommen und eine mögliche Beeinträchtigung von EU-Standards bei Verbraucherschutz, Umwelt und Tierwohl.

Gefahr für die europäische Landwirtschaft

Der Vertrag mit den Mercosur-Staaten würde eine der weltweit größten Freihandelszonen mit über 700 Millionen Einwohnern schaffen. Das Abkommen zielt auf einen besseren Marktzugang für europäische Unternehmen und dient insbesondere Industrie- und Dienstleistungssektoren. Es verspricht mehr Wettbewerb, Innovation und stabilere Lieferketten. Die größten Gefahren, die immer wieder diskutiert wurden, treffen die europäische Landwirtschaft, für die komplexe bürokratische Schutz- und Kontrollklauseln eingebaut wurden. Während der Sitzung protestierten europäische Landwirte vor dem Parlament gegen den Importdruck, den das Abkommen für die Landwirtschaft bringt.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Werbung für die wirtschaftliche, diplomatische und geopolitische Win-Win-Partnerschaft war offensichtlich weder bei den Bauern noch bei der Mehrheit im Parlament angekommen: „Unsere Unternehmen werden Exporte, Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Wir werden uns gegenseitig bei unserer Energiewende und dem digitalen Wandel unterstützen. Und unsere Botschaft an den Rest der Welt ist klar: Die EU und der Mercosur entscheiden sich für Zusammenarbeit statt Wettbewerb und für Partnerschaft statt Polarisierung.“¹

Wandel durch Handel?

Das Abkommen soll als Instrument europäischer Wirtschafts- und Außenpolitik dienen zur Stärkung strategischer Autonomie, zur Diversifizierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten und zur Verteidigung des regelbasierten Multilateralismus. Die Ausweitung der europäischen Handelsbeziehungen soll Europas geopolitischen Einfluss stärken. Das Abkommen unterstützt die europäische Idee des „Wandels durch Handel“, indem es EU-Standards zum grünen Wandel mit Nachhaltigkeits- und Umweltklauseln, Klimaschutzvorgaben und europäische Sozialstandards zu Frauen- und Arbeitnehmerrechten exportieren will.

Die Ablehnung des Abkommens im EU-Parlament durch mehrheitlich Linke, Rechte und Grüne zeigt, wie die Substanz der Wertebasis dieser EU-Standards erodiert ist. Während Konservative, Sozialdemokraten und Liberale mit dem Abkommen vor allem der europäischen Wirtschaft Auftrieb geben wollen, finden die politischen Ränder zu keiner Einigung auf ein gemeinsames Ziel und lassen ein Gericht entscheiden. Die Verfechter der bisherigen europäischen Strategie, Außenpolitik mittels Wirtschaftsinteressen zu betreiben und Unterschiede in Werten und Prinzipien mittels Handelsbeziehungen abbauen oder überbrücken zu wollen, scheitern innerhalb der EU an unüberbrückbaren Unterschieden in grundlegenden Überzeugungen, was die europäische Wirtschaft braucht. „Wandel



**Wertschätzung und faire Preise
für unsere Bauern**

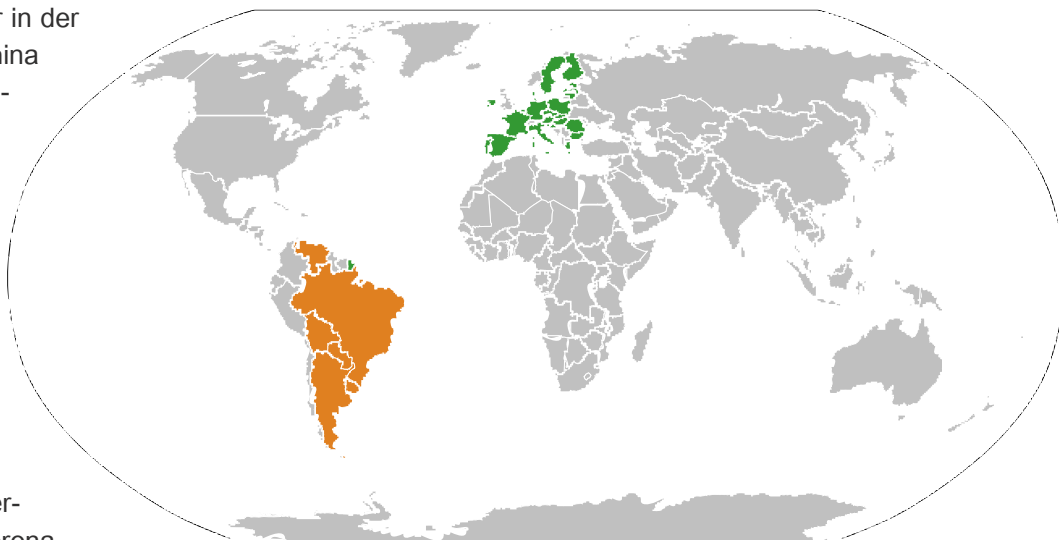
Christlich - innovative Politik
Teilen - Unterstützen - Mitmachen

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_113

durch Handel“ hat sich nicht nur in der Beziehung zu Russland und China als gescheiterte Strategie erwiesen, weil es rein materielle Interessen der Wirtschaft mit moralischen Ansprüchen zu verbinden versucht, die die Handelspartner nicht teilen. Statt die Partner zu wandeln, haben diese Wirtschaftsbeziehungen Europa in Abhängigkeit von Regierungen gebracht, die uns nachhaltig schaden. Internationale Lieferketten wurden spätestens mit Corona krisenanfällig und sendeten ein ultimatives Alarmsignal, existentielle Produktionen wieder ins Inland zu holen.



Wertefundament statt ideologischer Standards

Ein weiterer Versuch derselben Strategie mittels Mercosur scheitert nun, bevor er beschlossen ist. Frankreichs Präsident Macron ist in diesem Fall zuzustimmen, dass das Abkommen aus der Zeit gefallen ist. Die Verhandlungen beruhen auf einem Mandat von 1999. Die juristische Prüfung kann weitere Jahre dauern. Der bisherige Verhandlungsprozess zeigt die zunehmende Dysfunktionalität europäischer Wirtschafts- und Handelspolitik und verweist auf das gemeinsame Wertefundament, das Europa einst geeint, wirtschaftlich stark gemacht und geopolitischen Einfluss verschafft hat. Der Export von ideologisch gesetzten Standards hingegen, die die EU selbst immer mehr zerreißen, ist keine Win-Win-Lösung, sondern zum Scheitern verurteilt.

Internationale Abhängigkeiten verringern

Bündnis C – Christen für Deutschland befürwortet freie, gerechte Handelsbeziehungen, die Frieden zwischen den Nationen unterstützen, aber nicht begrün-

den können. Europa kann nur Trendsetter für die Welt sein, wenn es zunächst für seine eigene Wirtschaft und Landwirtschaft funktionale Rahmenbedingungen setzt, statt hausgemachte Defizite mit Handelsverträgen zu kompensieren zu suchen. Mercosur sollte nicht nur vom EuGH überprüft werden, sondern von einer europäischen Gemeinschaft, die angesichts gewandelter geopolitischer Machtverhältnisse ihre Einheit und ihren Binnenmarkt stärkt, um internationale Abhängigkeiten zu verringern und die Grundversorgung in Europa sicherzustellen. Wer die europäische Landwirtschaft retten will, muss zudem am eigenen Konsumverhalten und dem ruinösen Preiskampf im Lebensmittelhandel ansetzen, weil die Bauern auskömmliche Erzeugerpreise brauchen.



Karin Heepen

Generalsekretärin
Bündnis C

Iran: Proteste, Krieg und Hoffnung auf Freiheit

Die Proteste im Iran wurden blutig niedergeschlagen. Was sich dort seit Ende Dezember 2025 und insbesondere am 8. und 9. Januar 2026 ereignet hat, gehört zu den schwersten Menschenrechtsverbrechen der jüngeren Zeit. Berichte über mindestens 45.000 Tote verdeutlichen das enorme Ausmaß der Gewalt. Zugleich ist angesichts der staatlichen Informationsblockade, der Einschüchterung von Angehörigen und der Unterdrückung unabhängiger Dokumentation davon auszugehen, dass das tatsächliche Ausmaß der Verbrechen noch umfassender sein könnte.

Der Krieg Israels und der USA gegen das Regime birgt für das iranische Volk die Chance auf Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Teilhabe.

Tötungen, Verhaftungen, Folter und Isolation

Seit Wochen erleben wir im Iran gezielte Tötungen von Zivilisten, willkürliche Verhaftungen, Folter, das Verschwindenlassen von Menschen, massive Kommunikationssperren sowie die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste. Diese Maßnahmen dienen nicht dem Schutz der öffentlichen Ordnung, sondern der Stabilisierung eines repressiven Systems. Sie verstoßen gegen fundamentale Menschenrechte, gegen rechtsstaatliche Prinzipien und gegen die Würde des Menschen.

Die Situation der Inhaftierten ist nach aktuellen Warnungen von Menschenrechtsorganisationen äußerst bedrohlich: Tausende willkürlich Festgenommene sind dem Risiko von Folter und Misshandlung, einschließlich sexualisierter Gewalt, ausgesetzt. Viele werden von der Außenwelt abgeschnitten festgehalten oder sind verschwunden. Es drohen Schnellverfahren ohne Rechtsbeistand, langjährige Haftstrafen und in manchen Fällen Exekution.

Verkürzte Darstellungen in deutschen Medien

Die in der deutschen Berichterstattung vermittelte Darstellung steht teilweise in deutlichem Widerspruch zu gut dokumentierten Fakten, zu Berichten internationaler Menschenrechtsorganisationen sowie zu glaubwürdigen Zeugenaussagen unabhängiger Beobachter.

Wenn landesweite Proteste auf kurzfristige wirtschaftliche Unzufriedenheit reduziert und zugleich der Eindruck erweckt wird, die Lage habe sich rasch beruhigt, während systematische Repression, massenhafte Festnahmen, Folter und tödliche Gewalt unzureichend benannt werden, verzerrt dies die Realität und ignoriert das Leid der Opfer und Angehörigen.

Als Partei Bündnis C fordern wir die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland auf, ihrer Verantwortung für eine unabhängige Berichterstattung gerecht zu werden und nicht die Narrative autoritärer Regime zu reproduzieren.

Politische Widersprüche

Besonders widersprüchlich erscheint es, wenn die deutsche Bundesregierung das Vorgehen des iranischen Regimes mit deutlichen Worten verurteilt, zugleich aber seine diplomatische Präsenz in Deutschland und Europa weitgehend bestehen bleibt. Deutschland hat sich auf europäischer Ebene für die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation eingesetzt, jedoch keine diplomatischen Konsequenzen ergriffen.

EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola verbot Mitte Januar allen iranischen Diplomaten und Regierungsbeamten den Zutritt zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Sie forderte von den Regierungen der EU-Staaten eine deutlich stärkere Unterstützung für die Proteste gegen die Staatsführung im Iran.

Wir schließen uns der Erklärung von Bundeskanzler Merz an: „Wenn sich ein Regime nur noch mit Gewalt an der Macht halten kann, dann ist es faktisch am Ende.“ Wir fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Beziehungen zu der Islamischen Republik auszusetzen und die Führer der iranischen Opposition zu unterstützen.

Krieg, Naher Osten und die iranische Bevölkerung

Am 28. Februar wurde Ajatollah Chamenei, der religiöse Führer des Iran, bei den ersten Luftangriffen der USA und Israels getötet, zusammen mit über 40 weiteren Köpfen der Revolutionsgarden, der militärischen,

geheimdienstlichen und politischen Führung des Iran. Seitdem geht der Krieg gegen militärische Stellungen im Iran weiter, das im Gegenzug 13 Länder der Region angegriffen hat, die Straße von Hormus blockiert und Seefrachter beschießt. Israel wurde seither mit fast 800 ballistischen Raketen und 1200 Drohnen angegriffen und hat 13 zivile Opfer zu beklagen.

Dennoch feierte Israel die Ausschaltung von Chamehnei als Purim-Wunder, ebenso wie tausende Iraner im Land und in der ganzen Welt. Viele Menschen begrüßen die militärischen Angriffe Israels und der USA auf strategische Einrichtungen des Regimes, das seit Jahren Unterdrückung im Inneren und Destabilisierung nach außen betreibt. Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist nachvollziehbar, dass Israel und die USA auf die Bedrohungen durch das iranische Raketen-, Drohnen- und Nuklearprogramm reagieren.

Trotz dass Israel und die USA gezielt militärische Objekte und Institutionen des Regimes angreifen, verschärft der Krieg das Leiden der Zivilbevölkerung. Europa muss in seiner Reaktion zwischen dem iranischen Volk und dem herrschenden Regime unterscheiden. Die Menschen im Iran sind nicht mit den Machtapparaten identisch, die sie unterdrücken. Viele Iraner wollen weder die Fortsetzung der inneren Repression noch eine Zukunft, in der ihr Land zum bloßen Schauplatz geopolitischer Interessen wird. Sie wollen Freiheit, Sicherheit, Würde und die Möglichkeit, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden. Diese Einordnung stützt sich auf die dokumentierte Protestdynamik und die anhaltende staatliche Gewalt gegen die eigene Bevölkerung.

Forderungen an die deutsche Bundesregierung

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung und die zuständigen politischen Institutionen in Deutschland mit Nachdruck auf:

1. Die iranische Botschaft in Deutschland unverzüglich zu schließen – als klares politisches Signal gegen staatliche Gewalt und Massenverbrechen.
2. Den iranischen Botschafter zur Rechenschaft zu ziehen und auszuweisen.
3. Alle iranischen Diplomaten, die das Regime vertreten, abzurufen oder auszuweisen, solange diese Verbrechen andauern.
4. Sich auf europäischer Ebene für weitere gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche des Regimes einzusetzen.

5. Ein Verbot der Islamischen Revolutionsgarden zu verfügen, die bereits seit über zehn Jahren in Deutschland aktiv sind und Exiliraner bedrohen.
6. Aktiv Maßnahmen zu unterstützen, die den freien Informationsfluss für die iranische Bevölkerung ermöglichen – einschließlich technischer und humanitärer Unterstützung zur Umgehung von Zensur und zur sicheren Kommunikation.
7. Sich klar und öffentlich an die Seite der iranischen Zivilgesellschaft zu stellen.
8. Sich international für unabhängige Untersuchungen und lückenlose Beweissicherung einzusetzen, einschließlich der Unterstützung der zuständigen UN-Mandate.

Appell an Politik, Medien und Zivilgesellschaft

Schweigen bedeutet Mitschuld. Diplomatische Zurückhaltung angesichts von Massentötungen ist keine Neutralität, sondern Versagen. Wer zu diesen Verbrechen geschwiegen hat, jetzt aber den Krieg gegen das Regime verurteilt, misst mit zweierlei Maß und benutzt das Völkerrecht einseitig gegen Israel und die USA.

Deutschland, als Staat mit historischer Verantwortung und klarer Verpflichtung zu Menschenrechten, darf angesichts der Verbrechen des Mullah-Regimes nicht bei Worten stehen bleiben. Jetzt sind konkrete politische Konsequenzen gegen Teheran gefragt und internationale Unterstützung für Israel, die USA und die arabischen Staaten, die das Regime ausschalten wollen.

Die getöteten Frauen, Männer und Kinder im Iran dürfen nicht namenlos bleiben und ihr Opfer soll nicht umsonst sein. Als Bündnis C – Christen für Deutschland wollen wir den Stimmen der Opposition im Iran und im Exil Gehör verschaffen und Unterstützung, damit das Volk in seine lang ersehnte Freiheit kommt.

Mohsen Kornelsen

Beisitzer
Bundesvorstand



Iran: Fällt das Mullah-Regime?

Der Krieg Israels und der USA gegen das iranische Regime geht in die vierte Woche und hat zunehmende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Mit der Blockade der Straße von Hormus und Angriffen auf Öl- und Gasanlagen der Golfstaaten steigt der Ölpreis und die Versorgung Europas und Asiens ist in Gefahr. Ist das iranische Regime zu besiegen und wo sind wir gefragt?

Eskalation statt schnellem Sieg

Viele Köpfe des Mullah-Regimes sind gefallen. Die Iranischen Revolutionsgarden (IRCG) sind jedoch straff strukturiert und mit genauen Anweisungen versehen für den Fall eines Angriffs, wie er jetzt passiert. Seit der Eliminierung der Führungsspitzen agieren ihre Einheiten autark und sind weit schwieriger zu orten und auszuschalten als die Köpfe der Regierung. Sie haben ihre Proxys im Irak, Syrien, Libanon, Gaza und im Jemen. Ihre Milizen halten im Inland die Bevölkerung als Geiseln und die Weltwirtschaft mit der Straße von Hormus, die die Lebensader des Regimes ist.

Seit die USA iranische Schiffe angreifen, um den Seeweg zu kontrollieren, weiteten sie ihre Angriffe auf die Entsalzungsanlagen der Golfstaaten aus, die für die Wasserversorgung der Länder existentiell sind, und auf deren Ölanlagen. Sie trafen unter anderem eine saudische Raffinerie, LNG-Anlagen in Katar und zwei Raffinerien in Kuwait. Der Angriff auf die weltweit größte Gasanlage in Katar legte 17% der Flüssigerdgas-Exporte des Landes lahm, was nicht nur die Ölpreise weiter in die Höhe treibt, sondern die Gasversorgung Europas und Asiens massiv gefährden kann.

Europa als Zuschauer oder Akteur?

Bundeskanzler Merz befürwortete den Beginn der Angriffe, weil das Mullah-Regime beseitigt werden müsse. Als es gefährlich wurde für die Wirtschaft, kritisierte er das Vorgehen Israels und der USA warnte er vor Eskalation. Deutschland habe „kein Interesse an einer Auflösung der territorialen Integrität, der Staatlichkeit oder der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Iran“. Letztere wären aber temporäre Bedingung für den Fall des iranischen Regimes und den Aufbau einer Neuordnung im Land. Wie schon mit dem gescheiterten Atomabkommen standen offenbar erneut die Interessen der deutschen Wirtschaft als größtem EU-Handelspartner



des Iran voran. Damit finanziert Deutschland seit Jahren das iranische Terrorregime mit, dessen Wirtschaft weithin in der Hand der Revolutionsgarden ist.

Die Forderungen der USA an die NATO-Partner und alle, die die Straße von Hormus nutzen, nach militärischer Unterstützung zur Sicherung des Seeweges lehnten der Bundeskanzler und Verteidigungsminister Pistorius ab. Erst die zunehmenden Gefahren für die Weltwirtschaft, für Düngemittel- und Treibstoffversorgung auch in Deutschland weckte offenbar die Erkenntnis, dass das doch auch „unser Krieg“ ist und dass das sicherheitspolitische Angewiesensein Europas auf die USA keine Einbahnstraße mehr ist. Der Raketenbeschuss aus dem Iran auf die Türkei ist zudem ein NATO-Bündnisfall und es wurde ein Patriot-Raketenabwehrsystem vom US-Stützpunkt Ramstein in die Südtürkei verlegt.

Am 19. März erklärten die Staats- und Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Japan, Kanada und 13 weiteren Staaten ihre grundsätzliche Bereitschaft, sich an Maßnahmen zur Sicherung der Schifffahrt in der Straße von Hormus zu beteiligen. Der Kampf um die Wiederöffnung der Straße birgt die Gefahr weitreichender Eskalation, ist aber ein entscheidender Part zur Isolation des iranischen Regimes und um es zu Fall zu bringen. Die US-Streitkräfte zerstören weiterhin Munitionsdepots der Marine, Schiffe und Minenleger.

Allein die deutschen Wirtschaftsinteressen verpflichten, sich an der Sicherung des Seeweges zu beteiligen - und nicht nur um die Spritpreise im Land zu streiten, so sehr ein Notfallplan auch da geboten ist. Italien senkt die Steuern auf Benzin und Diesel, Österreich die Mineralölsteuer und installiert eine Übergewinnsteuer. Die Slowakei wehrt sich gegen Hamsterkäufe durch deutsche Tanktouristen, während Deutschland Benzinsteuern und CO₂-Bepreisung unangetastet lässt. Stattdessen brachte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der generell das Kartellrecht verschärft und die Beweislast für Preiserhöhungen umkehren will. Erneut wird eine aktuelle Krise genutzt für weitere staatliche Eingriffe in die Wirt-

schaft und den Markt, die am Ende zulasten der Versorgungssicherheit gehen, statt Unternehmen und Bürger von überhöhten Steuern und Abgaben zu entlasten.

Im Sinne des Völkerrechts

Das Völkerrecht dient der Abwendung von Gewalt, auch gegen ein Regime, das seine Bevölkerung massakriert, und präventiv gegen einen Staat, der einem anderen Staat das Existenzrecht abspricht und ihn vernichten will. Er stellt sich damit selbst gegen internationales Recht, das die Unantastbarkeit staatlicher und territorialer Souveränität vorsieht. Die USA und Israel verhindern momentan nicht nur die Auslöschung Israels, sondern mögliche atomare Vernichtung weit darüber hinaus.

Wer jetzt wie die SPD auf Verhandlungen mit diesem Regime und politische Lösungen pocht, sei auf die jahrelangen Atomverhandlungen verwiesen, auch noch als lange klar war, dass das Mullah-Regime es unterwandert und damit schon lange Völkerrecht gebrochen hat. Präventivschläge sind bei akuter Bedrohung völkerrechtlich nicht per se verboten, zumal der Iran nach dem 7. Oktober 2023 mehrfach Israel angegriffen hat. Bundesverteidigungsminister Pistorius wies zurecht darauf hin, dass völkerrechtliche Entscheidungen bei der politischen Betrachtung der Situation nicht besonders helfen würden.

Wer den Krieg gegen das iranische Regime verurteilt, verfolgt offensichtlich kurzfristige eigene Interessen, aber nicht die des iranischen Volkes, Israels und der ganzen Region. Wenn Außenminister Wadephul einen Regimewechsel im Iran zwar für wünschenswert, aber nicht für realistisch hält, zeugt das eher von pro-iranischen Beratern, deutschem Wankelmut und scheinheiligem Widerstand vonseiten der SPD in der Koalition und im Bundestag.

Israel beistehen

Der Iran hat mittlerweile sogar die Altstadt Jerusalems beschossen, wo bisher der Tempelberg tabu war. Fragmente einer abgefangenen Rakete schlugen neben der Grabeskirche ein. Diese gezielten Angriffe in Richtung Tempelberg könnten einen arabischen Volksaufstand in Israel auslösen und eine weitere Front in diesem Krieg schaffen – zum Vorteil für den Iran.

Der Norden Israels wurde zudem in den letzten zwei Wochen erneut von mehreren hundert Raketen und Drohnen der Hisbollah beschossen, die massive Schäden anrichteten. Israel hat daraufhin seine Bodenof-

fensive ausgeweitet, um eine Pufferzone entlang seiner Nordgrenze zu schaffen wie bereits im Gazastreifen und in Syrien. Es wurden Hisbollah-Stellungen ausgeräumt und Brücken über den Litani-Fluss gesprengt, um Waffenlieferungen in den Süden des Landes zu unterbinden. Israel testet an der Nordgrenze sein neues laserbasiertes Verteidigungssystem „Iron Beam“ und hat damit als erstes Land der Welt eine hochenergetische und weit kostengünstigere Laserwaffe gegen Kurzstreckenraketen und Drohnen im Einsatz.

Trotz des Beschusses der Hisbollah harren die meisten Bewohner im Norden Israels in Schutzbunkern aus. Nach dem 7. Oktober 2023 wurden Hunderttausende evakuiert, die mittlerweile in ihre teils zerstörten Dörfer zurückgekehrt sind, sie wiederaufbauen und nicht wieder fliehen wollen.

Für eine Wende im Nahen Osten

Israel hat trotz des Krieges an Purim den Fall des iranischen Führers Ajatollah Chamenei gefeiert, und die Iraner am 20. März auf den Straßen trotz Bedrohung durch die Revolutionsgarden ihr Neujahrsfest. Die Menschen im Iran leiden unter Gewalt und Krieg, aber die meisten wünschen sich, dass die USA, Israel und ihre arabischen Verbündeten durchhalten, bis das Regime fällt. In Israel sind die Menschen und besonders die Soldaten erschöpft von zweieinhalb Jahren Krieg, aber dennoch nach dem aktuellen World Happiness Report unter den zehn glücklichsten Ländern der Welt und die Israelis unter 25 Jahren sogar die glücklichsten.

Wadephuls Vergleich mit dem Irak und Libyen, wo militärisches Eingreifen von außen nicht zu einem geordneten Regimewechsel, Freiheit und rechtsstaatlichen Strukturen geführt hat, taugt nicht. Israel kennt seine Berufung von Gott, sein Volk, sein Land und damit die Welt vom islamistischen Terror zu befreien. Die iranische Opposition ist unter grausamer Repression geübt und die iranische Untergrundkirche, die am schnellsten wachsende im Nahen Osten. Sie beten um das Eingreifen Gottes, damit die Strukturen des Regimes zerfallen und das Land in Freiheit kommt.

Als Deutsche sollten wir uns an die friedliche Revolution erinnern, die das DDR-Regime zu Fall brachte, genauso für das iranische Volk beten und es mit allen Mitteln unterstützen. Der Krieg gegen das Regime kann die Voraussetzungen schaffen für eine Wende im Iran und im ganzen Nahen Osten.

Karin Heepen

Generalsekretärin Bündnis C

Kein Diktatfrieden für die Ukraine!

Als Iraner, der die Wirkungsweisen autoritärer Systeme wie in Russland und ihre politischen Methoden aus unmittelbarer Nähe erlebt hat, betrachte ich die aktuelle Friedensinitiative der USA mit vorsichtiger Aufmerksamkeit. Die Entwicklungen in der Ukraine zeigen Muster, die allzu bekannt sind: der Versuch, durch Druck, territoriale Forderungen und politische Einflussnahme neue Fakten zu schaffen – Schritte, die nicht automatisch zu einem gerechten oder stabilen Frieden führen, sondern vielmehr das Risiko bergen, Machtverhältnisse dauerhaft zu verfestigen.

Aus dieser persönlichen und politischen Erfahrung heraus erscheint es mir notwendig, dass Deutschland und Europa eine deutlich aktivere und eigenständige Rolle einnehmen und nicht zulassen, dass über die Zukunft unseres Kontinents in Washington oder Moskau entschieden wird.

Europa darf nicht Zuschauer sein

Der 28-Punkte-Plan der USA ist zwar ein politisches Signal, doch er stellt keinen ausgewogenen Friedensvorschlag dar. Dass ein derart weitreichendes Dokument ohne umfassende Beteiligung europäischer Partner und vor allem ohne die Stimme der Ukraine ausgearbeitet wurde, ist zutiefst problematisch.

Frieden in Europa kann nicht hinter verschlossenen Türen und nicht allein zwischen Großmächten verhandelt werden. Es ist Europa, und nicht die USA, das die unmittelbaren sicherheitspolitischen Konsequenzen trägt. Deshalb ist eine europäische Eigenständigkeit notwendig: Berlin, Paris und Brüssel müssen klare Linien formulieren und ihre Verantwortung als tragende Säulen der europäischen Sicherheit wahrnehmen.

Frieden ohne Gerechtigkeit bleibt instabil

Die Forderung, dass die Ukraine Teile von Donezk und Luhansk abtritt, ihre Streitkräfte drastisch reduziert und auf den NATO-Beitritt verzichtet, während Russland kaum substanzielle Zugeständnisse macht, schafft kein tragfähiges Gleichgewicht. Aus meiner persönlichen Erfahrung mit autoritären Systemen weiß ich, dass jedes Signal der Schwäche als Einladung zu neuen Forderungen, neuen Angriffen und neuen Grenzverschie-

bungen gedeutet wird. Ein Frieden, der auf einseitigem Nachgeben basiert, verhindert keinen nächsten Konflikt – er verschiebt ihn lediglich. Und jeder Aufschub macht die nächste Erschütterung gefährlicher.

Wenn die Ukraine im Rahmen künftiger Verhandlungen Zugeständnisse machen soll, dann braucht sie dafür echte, belastbare und langfristige Sicherheitsgarantien. Europa darf nicht zulassen, dass der Ausgang dieses Krieges ein Präzedenzfall wird, der anderen autoritären Regimen zeigt, dass Gewalt sich am Ende auszahlt.

Deutschlands besondere Verantwortung

Deutschland ist für viele Menschen – so wie auch für mich – ein Ort der Freiheit und des Schutzes. Gerade deshalb sollte unser Land:

- eine verantwortungsvolle, werteorientierte Außenpolitik vertreten
- sich gegen Modelle stellen, die den Schwächeren strukturell benachteiligen
- und gemeinsam mit seinen europäischen Partnern an einer gerechten, stabilen und zukunftsfähigen Friedensordnung arbeiten.

Fazit

Ich habe gelernt, dass autoritäre Mächte Regeln nur dann respektieren, wenn ihnen klare und konsequente Grenzen gesetzt werden.

Ein gerechter Frieden entsteht nicht durch Druck auf die Opfer, sondern auf diejenigen, die Gewalt anwenden.

Europa braucht Mut und moralische Klarheit, um ein Friedensmodell zu unterstützen, das die Ukraine schützt und stärkt – und nicht ein Modell, das Russland indirekt belohnt.

Nur mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine kann Europa auf eine sichere Zukunft hoffen. Andernfalls bleibt der Kontinent in einem Zustand permanenter Bedrohung – und der Preis dieses Krieges wäre ohne langfristigen Wert.

*Mohsen Kornelsen,
Beisitzer Bundesvorstand*

Vier Jahre Krieg: Wer kann die Invasion stoppen?

Seit der Besetzung der Krim 2014 durch Russland lehren Kirchenleiter in der Ukraine über eine nationale Transformation, die tiefer geht, als Krieg und Besatzung zu beenden. Während die öffentliche Diskussion in Europa fast nur über Waffenlieferungen geht, legen sie die geistlichen Grundlagen für institutionelle Reformen der Regierungsführung, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie bauen auf erfolgreichen Erfahrungen der Wendezeit in Ländern wie Polen und den baltischen Staaten auf und verweisen auf die spirituellen Grundlagen im Nachkriegseuropa, dessen Werte in der Ukraine heute verteidigt werden.

Eine Zusammenschau der geistlichen Hintergründe der russischen Invasion, der Antwort der ukrainischen Christen und auf welchen Grundlagen nach dem Krieg eine freie, gerechte und florierende Gesellschaft wieder aufgebaut werden kann.

Wiederaufbau mit einer Seele

Robert Schuman, französische Außenminister und Gründungsvater der Europäischen Gemeinschaft, arbeitete bereits während des Zweiten Weltkrieges an einer Vision, wie das verfeindete, zerstörte Europa versöhnt und wieder aufgebaut werden kann. Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, basierend auf Vergebung und Demut, war unerlässlich. Ohne diese Sinnesänderung hätten keine Verträge und keine Institutionen die Wunden Europas heilen können. Schumans Erklärung von 1950 zielte darauf ab, Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verankern, aber ihr tieferes Ziel war die Einheit Europas in seiner Vielfalt, Solidarität unter den Völkern und Achtung der Menschenwürde. Diese Prinzipien waren in der katholischen Soziallehre grundgelegt und fanden in den westeuropäischen Christdemokratien nach dem 2. Weltkrieg ihren Niederschlag.

Im Gegensatz dazu fehlte den Ländern Osteuropas unter der kommunistischen Unterdrückung eine solche spirituelle Neubesinnung. Es herrschten erneut Gewalt und eine materialistische Technokratie unter sowjetischer Besatzung. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs drängten westliche Berater mit Modellen des Kapitalismus und der Demokratie herein, ohne dass eine Aufarbeitung der Vergangenheit erfolgte, um diese gesellschaftliche Transformation in Wahrheit, Bekenntnis und Versöhnung zu verankern. In dem

geistlichen Vakuum erlebten vom Marxismus unterdrückte spirituelle Traditionen jedoch eine Renaissance. Die demokratischen Bestrebungen der Orangen Revolution 2004 brachten in der Ukraine christliche Werte wie Würde, Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit ins öffentliche Bewusstsein zurück als Grundlagen für den Neuaufbau der Zivilgesellschaft.

Geschichte aufarbeiten

In der Ukraine ist heute angesichts ihrer Geschichte und des andauernden, brutalen Krieges vielen Christen bewusst, dass Heilung und Versöhnung eines Landes nicht automatisch geschehen. Historische Wunden müssen anerkannt und benannt werden, gerade in der Beziehung zu Russland. Propaganda polarisiert die Gesellschaft und braucht Wahrheit. Traumatische Verluste fordern Vergebung, damit Gerechtigkeit nicht zu Rache wird. Die ukrainischen Leiter und Glaubensgemeinschaften bereiten ihr Land für die zukünftige Nachkriegsheilung vor.

Auch nie bekannte Schuld rückt ins Bewusstsein. Im Zweiten Weltkrieg war unter deutscher Besatzung die ukrainische Bevölkerung, auch als Teil der SS und Polizei, maßgeblich an der Vernichtung der Juden in der Westukraine beteiligt. Bei Massakern in den ehemals polnischen Ostgebieten (Wolhynien und Galizien) wurden außerdem (je nach Quelle) bis zu 100 000 Polen von ukrainischen Nationalisten ermordet. Bisher gibt es nur ansatzweise eine Aufarbeitung. Seit dem Überfall Russlands wurden im Gegenteil eher Nationalstolz und Opferhaltung von offizieller Seite gestärkt. Christen und messianische Juden beginnen einen Zusammenhang zwischen den Gräueltaten ihrer Vorfahren und dem heutigen Leiden ihres Volkes zu erkennen, diese nationale Schuld zu bekennen und wiedergutzumachen, wo möglich.

Das wahre Europa verteidigen

Zurecht heißt es, in der Ukraine würden heute die Werte Europas verteidigt: Menschenwürde, Freiheit, Frieden und Solidarität. Kirchenleiter werfen jedoch eine realistische Sicht auf das heutige Europa, wo diese ursprünglich christlichen Werte immer mehr ausgehöhlt werden. Wirtschaftlicher Pragmatismus und liberaler Individualismus haben die geistliche Vision von

Schuman nahezu entleert. Ein säkulares System mag Rechte auf dem Papier definieren, aber es kann nicht die moralischen Verpflichtungen hervorbringen, die diesen Rechten in der Gemeinschaft Geltung verschaffen. Die liberale Ordnung hängt von Werten ab, die sie nicht selbst hervorbringen kann. Der ideologische Wandel weg von sozialen Tugenden wie Opferbereitschaft, Vertrauen und Solidarität hat Europa destabilisiert und verwundbar gemacht. Die Uneinigkeit Europas im Blick auf die Verteidigung der Ukraine ist ein direkter Ausdruck dieses Verfalls.

Die individuelle Autonomie des Einzelnen vernachlässigt einen gemeinsamen moralischen Rahmen, der für eine nachhaltige Demokratie notwendig ist. Sie ergreift auch ukrainische Flüchtlinge in Westeuropa. Etwa 8 Millionen Menschen haben die Ukraine seit Beginn des Krieges verlassen, etwa 5 Millionen ins europäische Ausland und 3 Millionen nach Russland, die meisten von ihnen Frauen mit ihren Kindern. Viele von ihnen wollen nicht mehr zurück und lassen sich von ihren Männern scheiden, denen damit ihre Motivation zum Kämpfen an der Front zerbricht. Während die Ukraine sich verzweifelt gegen Russland verteidigt, droht ihr eine ganze Generation und deren Kinder abhanden zu kommen.

Russland und die dämonische Rolle der Kirche

Bezeichnenderweise begründet Putin seinen Krieg gegen die Ukraine mit dieser Dekadenz Europas und mit ukrainischen Nationalisten, die zu bekämpfen sind. Die geistlichen Hintergründe dieses Krieges können nicht ignoriert werden, weil Putin sich in seiner Rechtfertigung für den Angriff genau darauf bezieht:

„Moskau – das dritte Rom“ ist ein theologisch-imperialistisches Konzept, das seit dem 15./16. Jahrhundert die russische Selbstwahrnehmung prägt. Demnach folgte auf das antike Rom das byzantinische Konstantinopel als „zweites Rom“. Nach dessen Fall sei Moskau das letzte und endgültige Zentrum des wahren Christentums mit der russisch-orthodoxen Kirche, die diese Lesart stützt. Demnach formiert sich Gottes messianisches Reich nicht in Jerusalem, sondern in Russland. Seit er russischer Präsident ist, stellt sich Putin als Anführer des Dritten Rom und Verteidiger des Christentums dar. In einer Rede vor dem Valdai-Klub im September 2013 erklärte er:

„Wir sehen, dass viele der euro-atlantischen Länder ihre Wurzeln verleugnen, einschließlich der christli-

chen Werte, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. Sie verleugnen moralische Grundsätze und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und sogar sexuelle. Sie setzen eine Politik um, die große Familien mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan gleichsetzt.“¹

Damit begründet Moskau, dass ein Konflikt zwischen der kommunistischen und der kapitalistischen Welt unvermeidlich sei, und unterfüttert den imperialen Anspruch Russlands. In den Großmachtplänen Putins spielt die Ukraine eine religiöse Schlüsselrolle. Die russisch-orthodoxe Kirche sieht ihren Ursprung in der Taufe der Kiewer Rus im Jahr 988. Diese gilt als Gründungsereignis für die Herausbildung des russischen religiösen Gedächtnisses und als historische Grundlage für eine geistige Einheit der ostslawischen Völker. Kiew soll die Mutter aller russischen Städte sein. Putins Ziel sind deshalb nicht nur einige russisch geprägte Bezirke der Ostukraine, sondern Kiew selbst als geistliches Zentrum eines russischen Großreiches mit einer über tausendjährigen gemeinsamen Kultur und Religionsgeschichte.

Als Gegenreaktion auf die missbräuchliche Stützung des Krieges durch die russisch-orthodoxe Kirche erklärte 2019 die ukrainisch-orthodoxe Kirche ihre Unabhängigkeit von Moskau und wurde dabei vom Patriarchen von Konstantinopel unterstützt. Moskau wertet dies als religiös-symbolischen Bruch mit dem russischen Anspruch, der letztlich die politische Unterwerfung der Ukraine anstrebt.

Glaube prägt Politik und Gemeinwohl

Angesichts dieser Konfrontation mit einem religiös unterfütterten Krieg sehen Kirchenleiter der Ukraine die im Westen gängige liberale Auffassung, Glaube und Politik voneinander zu trennen, als haltlos an. Kirche und Staat haben unterschiedliche Rollen, aber der Glaube darf nicht aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Alle politischen Ideologien basieren auf Überzeugungen über die menschliche Natur, Gerechtigkeit und das gute Leben – unabhängig davon, ob diese Überzeugungen religiös oder säkular sind. Die ukrainischen Kirchen wurden bereits während der als „Revolution der Würde“ bezeichneten Maidan-Proteste 2013 in ökumenischer Solidarität und in der fortdauernden Seelsorge im Krieg trainiert, politische

¹ <https://www.israelheute.com/erfahren/der-geist-des-russischen-imperiums/>

Prozesse geistlich zu begleiten und darin eine Führungsrolle zu übernehmen.

Traditionell pflegen die orthodoxen Kirchen die „Symphonia“ eines harmonischen Zusammenwirkens von Kirche und Staat, keine Trennung wie im Laizismus. Die ukrainische Kirche will sich sowohl vor kirchlicher Unterwürfigkeit als auch vor politischer Übergriffigkeit hüten. Sie muss prophetisch sprechen, wenn politische Ideologien zu Götzen oder Unterdrückern werden. Glaubensgemeinschaften dürfen nicht auf politische Dominanz hinarbeiten, sondern müssen sich für das Gemeinwohl einsetzen. Die Kirchen sollen keine Politik betreiben, aber die Gläubigen dazu befähigen, sich in allen Bereichen des Lebens treu zu engagieren. Jüngerschaft schließt die Heranbildung von Bürgern ein, die in der Zivilgesellschaft Verantwortung übernehmen.

Darauf sind starke Demokratien angewiesen. Totalitäre Regime wie die frühere sowjetische Herrschaft unterdrückten zivilgesellschaftliche Institutionen und Basisinitiativen. Zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft werden Freiwilligenarbeit, religiöses Engagement und verantwortungsbewusstes Bürgerverhalten gefördert. Die Entwicklung der Ukraine vom passiven Homo sovieticus zum engagierten Homo maidanus markiert einen kulturellen Wandel hin zu Verantwortung und Initiative der Bürger, den die Kirchen maßgeblich mitgestalten. Es wird eine Bottom-up organisierte Gesellschaft herangebildet, die das noch immer von Oligarchen beherrschte und von Korruption ausgebeutete Land erneuern soll.



2013 Euromaidan

Theologie des öffentlichen Raumes

Eine Schlüsselrolle in der Transformation des Landes spielt die ukrainische griechisch-katholische Kirche (UGCC), die unter dem Zaren und unter Stalin verboten war, im Untergrund und im Exil überlebte und nach 1989 wieder auftauchte. Sie wurde zu einer identitätsstiftenden Kraft in der Ukraine. In ihrer Lehre über den Aufbau einer gerechten Gesellschaft bezieht sie sich auf Metropolitan Andre Sheptytsky, der von 1901 bis 1944 der Kirche als Erzbischof diente und eine Theologie des öffentlichen Raumes grundgelegt hat. Als geistlicher Führer und Staatsmann förderte er die ukrainische Kultur, Bildung, Nation, soziale Gerechtigkeit, die Würde der Arbeiter, eine christliche Ethik im öffentlichen Leben und die Versöhnung zwischen Ukrainern, Polen und Juden.

Sheptytsky's Theologie für die Gesellschaft setzt am inneren Leben der Bürger und ihrer Beziehung zu Gott an, betont die Ordnung der Familie als Grundlage für die gesellschaftliche Ordnung, entwickelt eine moralische Ökonomie und soziale Verantwortung innerhalb der Nation. Seine Botschaft an die Ukrainer zu einer Zeit politischer Unterdrückung lautete: Die nationale Erneuerung beginnt mit Dir und Deinem Haus, damit die Nation widerstandsfähig wird und auf die Freiheit vorbereitet ist.

Seine Lehre wurde unter der Besatzung durch Russland als Aufruf zur Selbstprüfung und Resilienz der Nation in Erinnerung gerufen. Der heutige Erzbischof Sviatoslav Shevchuk bezeichnet die russische Invasion als „Verbrechen gegen Gott und die Menschheit“² und die Verteidigung der Ukraine als politischen, moralischen und geistlichen Kampf um Wahrheit, Freiheit und die Würde der menschlichen Person. Seine Schriften über Krieg und Frieden mahnen zu Vergebung, Ausdauer, Verständnis der geschichtlichen Wurzeln des Krieges und der spirituellen Grundlagen für einen gerechten Frieden.

Ursächlich verweist er auf die fehlende Entkommunisierung und Reinigung des russischen Staates von den Folgen des Totalitarismus, wie die russisch-orthodoxe Kirche das ideologische Vakuum seit dem Fall des Kommunismus füllt und Religion in ein politisches Werkzeug zur Stärkung einer totalitären Staatsmacht verwandelt. Demgegenüber bekräftigt Shevchuk die Macht eines gerechten Völkerrechts, die Christen global

verteidigen sollten, statt sich von wirtschaftlichen Interessen, opportunistischer Diplomatie und einem falschen Frieden fehlleiten zu lassen.

Wegweisung für Europa

Die Widerstandsfähigkeit der Ukraine angesichts der russischen Aggression hat Europa daran erinnert, was auf dem Spiel steht: nicht nur Souveränität und Territorium, sondern Menschenwürde, Wahrheit und das Gemeinwohl. Damit kann die Ukraine eine wegweisende Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas und der postsowjetischen Welt spielen. Wo Technokratie und Konsumdenken scheitern, dient die Ukraine mit ihrem geistlichen Erbe, einem starken zivilgesellschaftlichen Erwachen und einer tragenden Rolle der Kirchen Europa als Modell für eine Erneuerung, wie spirituelle Werte neu in Bildung, Regierungsführung und Wirtschaft verankert werden. Als christliche Partei können wir von unseren ukrainischen Kollegen und ihrem Entwurf einer Theologie für den öffentlichen Raum lernen, der an den Prinzipien der katholischen Soziallehre anknüpft, die Europa immer mehr verlassen hat.

Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas sagte bei der Münchner Sicherheitskonferenz: „Anders als manche meinen, steht das woke, dekadente Europa nicht vor dem Untergang seiner Zivilisation.“ Der deutsche Außenminister mahnte Investitionen in die europäische Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigungsfähigkeit an. Der amerikanische Präsident knüpft seine weitere militärische Unterstützung für die Ukraine an russische Bedingungen und kündigt mit seinem Friedensrat an: „Wir werden Frieden in der Welt haben – und das wird einfach großartig sein!“ – und erinnert damit an die Gerichtsprophezeiung in Jeremia 6,14: „Sie heilen den Schaden meines Volks nur obenhin, indem sie sagen: ‚Friede! Friede!‘, und ist doch nicht Friede.“

Wunschdenken und Selbstüberschätzung treffen hier auf die Realität, dass weder eine politische noch eine militärische Lösung zur Beendigung des Krieges in Sicht ist. Dass ein dekadentes Europa vor allem um seinen Wohlstand bangt, mit einer dezimierten jungen Generation, die weder die europäische Wirtschaftskraft erhalten kann noch willens ist, das Land zu verteidigen. Wo die Ukraine Vorbild ist für die Verteidigung ihres Landes mit allen vorhandenen und nicht vorhandenen Mitteln und für die weit verbreitete Erkenntnis, dass sie nicht nur gegen Fleisch und Blut, sondern gegen Mächte und Gewalten kämpft, die mit Waffen nicht zu besiegen sind, fällt Europa zusehends unter Gericht, wo es sich auf seine materielle Stärke verlassen und Gott verleugnet hat.

Umkehr und ein Wunder

Jeder in der EU weiß, dass ein Beitritt der Ukraine mit russisch besetzten Gebieten ausgeschlossen ist. Und die Christen in der Ukraine wissen, dass sie ein Wunder brauchen, um Russland aus den besetzten Gebieten zu vertreiben. Die Ukraine gilt als das christlichste Land Europas mit vollen Kirchen und den meisten jüdisch-messianischen Gemeinden. Wird sie deshalb so schwer geprüft, um Vorbild für die nötige geistliche Erneuerung Europas zu sein? Es gibt hunderte Zeugnisse ukrainischer Soldaten, wie Gott sie an der Front aus direkten Angriffssituationen herausgerettet hat.

Auch bei uns wächst eine Generation heran, die wieder fragt, wo in all den politisch unlösbaren Problemen die Hilfe ist. Nach einer aktuellen INSA-Umfrage glauben in Deutschland am häufigsten die unter 30-Jährigen an den Gott der Bibel, der verlangt, dass man ihn ehrt und seine Gebote hält. Damit wächst Hoffnung, dass dieser Gott wieder gehört wird, der in Jeremia 6,16 zum Volk Israel spricht: „Stellt euch an die Wege und haltet Ausschau, fragt nach den Pfaden der Vorzeit, fragt, wo der Weg zum Guten liegt; geht auf ihm, so werdet ihr Ruhe finden für eure Seele!“ – so wie die ukrainischen Kirchen die Schätze ihrer christlichen Geschichte für ihre Nation fruchtbar machen.

Europa hat seine Seele verloren, und die Ukraine steht in der Brandung einer Invasion, die es ertränken will. Wo Europa sich selbst in Demut wieder auf Den gründet, der es stark gemacht hat, wird der Gott der Bibel dem Missbrauch Seines Namens durch einen verführten Herrscher und seine dämonisch korrumpierte Kirche widerstehen und ihm Einhalt gebieten. Wer der Ukraine keine Waffen liefern will, muss die Russen aus dem Land hinausbeten. Europa hat keine andere Chance, diesen Kampf zu gewinnen, als mit Seinem Gott zusammen. Er hat den Eisernen Vorhang fallen lassen, um auch Russland zu befreien.



Karin Heepen

Generalsekretärin
Bündnis C

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zu Finanzpolitik, Israel, Gesundheitspolitik, Familie und Lebensschutz, Außenpolitik und Migration

Autoaufkleber, 20 x 12 cm



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalt-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“



Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,



Der Größte unter euch soll euer Diener sein

(Matthäus 23,11)

In den letzten Wochen und Monaten erleben wir in Deutschland zunehmend Machtkämpfe in der Politik. Besonders in Wahlzeiten tritt jeder hervor und präsentiert sich von seiner besten Seite. Für einen kurzen Moment scheint es, als stünde der Mensch im Mittelpunkt und würde gehört. Doch danach erleben wir oft das Gegenteil. Viele Versprechen gelten plötzlich nicht mehr, oder man kann sich nicht mehr daran erinnern.

Als Bündnis C sind wir eine kleine und auf den ersten Blick unscheinbare Partei, doch gerade deshalb können und sollen wir einen Unterschied in unserer Gesellschaft machen. Die entscheidende Frage ist: Wollen wir Macht um jeden Preis – oder wollen wir der Gesellschaft dienen?

Der Bibelvers aus Matthäus 23 mag provokativ klingen. Er fordert uns heraus, unsere Motive zu prüfen: Wollen wir dem Volk dienen, oder streben wir vor allem nach Macht? Fragen wir ernsthaft nach dem Willen Gottes für unser Volk und suchen nach Lösungen, die aus seinem Wort und aus seiner Führung entstehen? Wollen wir Ratgeber sein oder nur Kritiker?

Im Alten Testament lesen wir häufig von Königen, die Ratgeber an ihrer Seite hatten. Sie dienten dem König. Hat ihnen immer gefallen, was der König tat? Sicherlich nicht. Dennoch blieben sie treu, dienten ihm und wurden schließlich über mehr gesetzt.

Trauen wir Gott zu, dass er auch uns über mehr setzen kann – sogar uns als Partei? Vielleicht sollten wir immer wieder unsere Motive prüfen und eine dienende Haltung einnehmen. Wer weiß, was Gott vorhat? Er ist derjenige, der einsetzt und absetzt.

Ich glaube, dass Gott mit uns als Partei noch einen guten Plan hat und dass er uns gebrauchen möchte. „Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden“ – so beten wir oft. Mögen wir unseren Blick neu auf ihn ausrichten und uns von ihm gebrauchen lassen. Gemeinsam können wir mit Gottes Hilfe in diesem Land etwas bewegen und verändern.

Wir wünschen Ihnen eine gesegnete Osterzeit!

Verena
Thümmel

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 39 – 2026/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen

Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 24: Fabian/Pixabay; 27: By Treehill - Own work; 30: gemeinfrei (Eine Super Hornet der US-Marine startet von der USS „Abraham Lincoln“, 27. Februar 2026); 35: spoilt.exile/Kiev, Ukraine; 38: falco/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX